

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Regau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit Mskr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.-Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pf., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachsch. Stellenangebote 10gehalt. Kolonelle 25 Pf., Kleine Anzeigen: Ueberchriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf., Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. auswärts: die 10gehalt. Kolonelle 40 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Werner auf dem rechten Auge blind

Der nationalsozialistische hessische Landtagsabgeordnete Schäfer bestätigt vor dem Reichsgericht die Echtheit des Dokuments — Die Rede Lavals vor der französischen Kammer

Angst vor dem Köpferollen

Der Oberreichsanwalt weist sein Alibi nach

Die Hochverratsjustiz des obersten Gerichtshofes der Republik, des Reichsgerichts, schreit gen Himmel. Hochverratsprozesse am laufenden Band. Allein 200 Prozesse wegen literarischen Hochverrats. Nach der Spruchpraxis des Reichsgerichts genügt bereits die Funktionäreigenschaft in der kommunistischen Partei, um den Tatbestand des Hochverrats zu umreißen. Wegen der wichtigsten Angelegenheiten werden Arbeiter, kleine Beamte vor die Schranken des Vierter Senats geschleppt und zu jahrelangen Festungs- und Gefängnisstrafen verurteilt. Nur von den hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialistischen Partei hat der Herr Oberreichsanwalt bisher noch nichts gemerkt. Die Fried und Konforten predigen zwar den Hochverrat vor Tausenden ihrer Hörer, indes die Hüter der Verfassung in den Hallen des Leipziger Reichsgerichts sind ohne Ausnahme auf dem rechten Auge blind und auf dem rechten Ohre taub.

Der Herr Oberreichsanwalt hätte darum gar keine Erklärung abzugeben brauchen. Er hat einen Pressemann, ausgesprochen der Eugenbergschen Lokution, zu sich kommen lassen und diesem versichert, daß das Vorgehen der Darmstädter Polizei nicht auf seine Veranlassung hin geschehen sei. Damit

Erklärung des Oberreichsanwalts

Der Oberreichsanwalt Dr. Werner gibt dem Vertreter der Telegraphen-Union über seine Beziehungen zu den Darmstädter Vorfällen folgende Darstellung:

„Das Vorgehen der Darmstädter Polizei ist nicht auf meine Veranlassung hin geschehen. Wie die Polizeibehörde zur Kenntnis des Verdachts strafbarer Handlungen gelangt, ist mir noch nicht bekannt, wie ich auch über das Ergebnis der bisherigen Ermittlungstätigkeit in Darmstadt amtlich noch nicht unterrichtet bin.“

„Ich hatte gestern eine Unterredung mit dem preussischen Innenminister in Berlin, die auf Einladung des Ministers hin erfolgte und bei der mir das Schriftstück vorgelegt wurde, in dem der Verbruch des Hochverrats erblickt wird. Dieses Schriftstück soll von West herrühren. Dazu gab ich den Rat, als Beweismittel wenigstens die Schreibmaschine des West zu beschlagnahmen, mit der das Schriftstück hergestellt worden sein soll. Das wird inzwischen geschehen sein. Ich ließ ferner dem preussischen Innenminister raten, seine Absicht, die Presse in großem Ausmaß zu unterrichten, zunächst nicht auszuführen, weil die Untersuchung empfindlich gestört werden könnte, wenn wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorläge. Ob das der Fall ist, muß noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück Wests als Stütze zur Feststellung des

Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amte sich befindliche Regierung nicht richten.“

Wielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune“ ersetzt sei. Diese ungeheuliche „kommune Herrschaft“ sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden.“

Ob die weitere Untersuchung der Angelegenheit einen anderen Tatbestand ergibt, bleibt abzuwarten. Zur Zeit wird der Wirtschaftspräsident Dr. Schäfer im Reichsgericht vernommen. Er ist auf noch nicht gekläarte Weise von Darmstadt nach Frankfurt a. M. gebracht und dem dortigen Polizeipräsidenten übergeben worden, der für Vorfälle in Darmstadt keineswegs zuständig ist. Dieser Frankfurter Polizeipräsident hat den Dr. Schäfer dann nach Berlin ins preussische Innenministerium bringen lassen und von dort erst ist mir Mitteilung über die Vorfälle in Darmstadt gemacht worden. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß über das Ergebnis der Vernehmung Schäfers von mir Auskunft gegeben werden kann.“

In den Händen von Jorns

SPD Berlin, 27. November.

Die Untersuchung der nationalsozialistischen Hochverratsaffäre in Hessen ist vom Oberreichsanwalt unter Billigung des Reichsjustizministers Joel dem Reichsanwalt Jorns übertragen worden, der bis vor kurzem wegen seines Prozesses mit dem „Tagebuch“ beurlaubt gewesen ist. Angesichts dieser Tatsache braucht man sich über den bisherigen juristischen Verlauf der Dinge nicht zu wundern.

hat der Herr Oberreichsanwalt sein Alibi nachgewiesen. Für den Fall, daß es zum Köpferollen kommt, ist er gesichert gegen die Praxis der „langen Messer“, vor denen die Herren im Reichsgericht entsetzliche Kängste haben.

Der Herr Oberreichsanwalt hätte sich auch die Feststellung eripieren können, daß er in dem Unternehmen der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in Hessen Hochverrat nicht zu erblicken vermag. Bei einem solchen Unternehmen müßte die Voraussetzung gegeben sein, daß eine legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune“ ersetzt sei. Also kommt nicht einmal „literarischer Hochverrat“ in Betracht. Wer mit beratigen hochverräterischen Plänen spielt, der fragt am Ende nicht danach, ob die stützende Regierung eine legale ist. Gerade die Nationalsozialisten, die im Schutze der Oberreichsanwaltschaft stehen, erklären ja, daß sie mit dem Augenblick, wo sie die Macht ergreifen, — zur Zeit wollen sie das „legal“, zu anderen Zeiten versuchten sie es illegal — die rechtmäßige Regierung bilden werden. Am 9. November wurde durch den Umsturz ein neues Recht stipuliert. Hochverrat ergibt sich nur dann, wenn das geplante Unternehmen gescheitert ist. Auch eine kommunistische Regierung würde im Falle des Gelingens einer Aktion rechtmäßig sein. Darum bleiben die Absichten der Nationalsozialisten hochverräterischer Natur, und es ist völlig gleichgültig, ob diese Absichten von Adolf Hitler gebilligt werden oder nicht. Dem Sinne nach ist die gesamte Tätigkeit Adolf Hitlers nicht weniger hochverräterisch als die der SPD, nur freilich mit dem Unterschied, daß die Nationalsozialisten die Alleinherrschaft, die Diktatur des Großkapitals, mit dem sich die Herren von der Oberreichsanwaltschaft sozial so eng verbunden fühlen, errichten wollen. Man vergegenwärtige sich nur aus der Fülle des Materials die Nichtigkeiten, wegen deren der Vierter Senat auf jahrelange Freiheitsstrafen erkannte. Wir greifen wahllos einige Fälle heraus, obwohl wir schon rein technisch anfechtbar sind, alle die Hochverratsverfahren am laufenden Band auch nur zu registrieren.

Das Reichsgericht verurteilte den Dachdecker Heinen aus Krefeld, der während des Krieges Offizierstellvertreter war, weil

Antwort des hessischen Innenministers

SPD, Darmstadt, 26. November.

Der hessische Innenminister hat zu den in der Presse verbreiteten Darlegungen des Oberreichsanwalts über die Bodenheimer Dokumente folgende Erklärung veröffentlicht:

„Ich habe die Erklärung des Oberreichsanwalts zunächst für eine Mystifikation gehalten, da sie in wichtigen Teilen mit den geführten Besprechungen nicht zu vereinbaren ist. Nachdem mir aber bestätigt wurde, daß tatsächlich diese Erklärung vom Oberreichsanwalt kommt, sehe ich mich gezwungen, dazu folgendes festzustellen:

1. Der Oberreichsanwalt behauptet, Schäfer sei „auf noch nicht gekläarte Weise von Darmstadt nach Frankfurt gebracht und dem dortigen Polizeipräsidenten übergeben worden, der für Vorfälle in Darmstadt keineswegs zuständig ist“. Dazu bemerke ich: Dr. Schäfer hat sich unmittelbar an den Frankfurter Polizeipräsidenten gewandt, der dann diese ihm amtlich zur Kenntnis genommenen Vorfälle pflichtgemäß dem preussischen Innenministerium berichtet hat. Das preussische Innen-

ministerium hat erst indirekt und zu einem späteren Zeitpunkt von den Mitteilungen des Dr. Schäfer Kenntnis bekommen.

2. Der Oberreichsanwalt behauptet, das Vorgehen der Darmstädter Polizei sei nicht auf seine „Veranlassung“ hin geschehen, führt aber dann selbst aus, daß er bei der Unterredung im preussischen Innenministerium den „Rat“ gegeben habe, als Beweismittel „wenigstens (!) die Schreibmaschine des West zu beschlagnahmen“. Bedinglich dieser „Rat“ des Oberreichsanwalts ist von der Polizei durchgeführt worden. Die bei den führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei des Gaues Hessen durchgeführten Hausdurchsuchungen gelten lediglich dem Zweck der Sicherstellung solcher Beweismittel.

3. Der Zeitpunkt für eine rechtliche Würdigung des Falles durch die Behörden in der Öffentlichkeit scheint mir im Gegensatz zu dem Herrn Oberreichsanwalt jetzt noch nicht gekommen zu sein. Unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung der Angelegenheit ist festzustellen: An der Echtheit der Belastungsdokumente ist nach den bisherigen Feststellungen nicht zu zweifeln.“

ihm in einer Versammlung 5 Exemplare der kommunistischen Broschüre „Oktober“ zugehoben worden sind. Das allein genügt dem Reichsanwalt noch nicht, um den Tatbestand des Hochverrats zu umreißen. Darum zog er das im Jahre 1928 erschienene „Kommunistische Manifest“ heran. Urteil: 1 Jahr 6 Monate Festung.

Der Arbeiter Karl Schulz aus Neuruppin gab als Kommunist ein kleines Blättchen, den „Neuruppiner Sender“, heraus, der von Kommunisten für 5 Pfennig auf der Straße ver-

kauft worden ist. Die Schrift enthält einige der üblichen revolutionären Phrasen aus dem Sprachgebrauch der KPD. Urteil: 9 Monate Festungshaft.

Der 19jährige Arbeiter Paul aus Bremen verteilte Flugblätter mit dem Titel: „Leutnant Scheringer: Mein Bekenntnis zur Roten Front!“. Vom Reichsgericht wurde Scheringer selbst mit Glacéhandschuhen angefaßt. Jetzt ist Scheringer als Nationalsozialist zur KPD übergegangen. Bei dem Angeklagten wurden 50 der vorgenannten Flugblätter gefunden. Das Ergebnis: 1 Jahr 6 Monate Festungshaft.

Der Arbeiter Hans Dajchowsky sah eines Tages mit seiner Frau in einem Café zu Dresden. In diesem Lokal befand sich ein Unterwachtmeister der Reichswehr, der am 15. Juni, wenige Wochen nach dem stattgefundenen Gespräch, entlassen werden sollte. Diesem Wachtmeister gab Dajchowsky eine Druckschrift zum Lesen. Der Titel lautete: „Erwachendes Volk, Briefe an Leutnant Scheringer“. Der Wachtmeister reichte schließlich Dajchowsky die Druckschrift zurück. Urteil: 2 Jahre Festungshaft.

Der Kommunist Erich Meyer war Bolontär in der „Hamburger Volkszeitung“. Am 20. Oktober 1930 wurde er zum verantwortlichen Redakteur ernannt. Am 23. Oktober erschienen in der Hamburger Volkszeitung Aufsätze zur Erinnerung an die Hamburger Barrikadenkämpfe von 1923. Der Reichsanwalt erkannte an, daß Meyer als Redakteur von seiner Partei ge-



Frankreich und Deutschland

Rede des Ministerpräsidenten Laval über Außenpolitik in der Kammer

Für Zusammenarbeit

SPD Paris, 26. November.

In der Kammer antwortete am Donnerstagnachmittag Ministerpräsident Laval auf die verschiedenen Interpellationen über die Außenpolitik. Das Haus und die Tribünen waren stark besetzt. In der ersten Reihe der Diplomatensitze sah man den deutschen Botschafter von Hoersch.

Laval begann seine Rede mit der Erklärung, daß die Regierung sich nie eine so große Verantwortung zu tragen gehabt hätte wie jetzt. Verschiedene Interpellationen hätten die Regierung zum Handeln aufgefordert. Es sei leicht, dieses zu verlangen, aber weniger leicht, die Worte in die Tat umzusetzen. Er habe der Kammer vor den Verhandlungen versprochen, die Unterschrift Frankreichs nicht ohne die Zustimmung des Parlaments zu ermöglichen. Dieses Versprechen habe er gehalten. In seiner ersten einstündigen Pariser Besprechung mit Brüning hätten Brüning und er ihre Standpunkte dargelegt. Sie hätten sich schätzen und achten gelernt und er, Laval, könne der Kammer nicht sagen, wie ergreifend diese Aussprache gewesen sei. Leider habe sich schon bei dieser Gelegenheit gezeigt und später in London bestätigt, daß es unmöglich sei, Deutschland eine sofortige Unterstützung zu gewährleisten. Allein Frankreich habe einen Plan gehabt. Es habe eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands vorgeschlagen, aber die Garantien der Regierung für die Anleihe hätten von gewissen Pfändern und gewissen politischen Maßnahmen seitens Deutschland abhängig gemacht werden müssen, die sich als unburchführbar erwiesen hätten. Der Empfang in Berlin sei durchaus herzlich gewesen und habe keinen Mißton hinterlassen. Die Reise nach Washington habe man mit großen Hoffnungen erwartet. Es habe sich aber bei den Besprechungen mit Hoover nicht um eine Konferenz, sondern um eine Aussprache über eine aktive Politik internationaler Zusammenarbeit gehandelt. Damit hätten Hoover und er nicht nur den Interessen Frankreichs und Amerikas, sondern denen der ganzen Welt gedient. Hoover und er hätten sich darüber verständigt, daß anstelle des außerordentlichen Hoover-Regimes in bezug auf die Reparationen wieder das normale System des Youngplanses treten sollte.

Zu dem zweiten Teil seiner Ausführungen übergehend, bemerkte Laval zunächst, daß Frankreich seit dem Versailler Vertrag ständig große Opfer gebracht habe. In dem gefestigten Charakter der Reparationen müsse Frankreich aber fest halten. Deutschland habe sich auf dem Umwege Gelder beschafft, die es für verschwenderische Ausgaben und für den Ausbau seiner Industrie verwandt habe. Als diese Gelder aber fällig geworden seien, habe es sich zahlungsunfähig erklärt. Als Gläubiger Deutschlands habe Frankreich das Recht, streng zu sein. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.) Ueberaus zahlreich seien die nationalsozialistischen Kundgebungen in Deutschland, an denen ein großer Teil der Wählerchaft teilnehme. Er erkenne zwar das Elend des deutschen Volkes in jeder Weise an, müsse aber die Frage stellen, was man in Deutschland sagen würde, wenn derartige Kundgebungen in Frankreich stattfänden. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) Ohne die Würde des deutschen Volkes zu verletzen, habe er das Recht und die Pflicht, so zu sprechen. Die Vorbedingung für normale Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sei die vertrauliche und normale Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern.

Laval ging dann auf den deutschen Antrag betreffend die Einberufung des Sachverständigenausschusses ein. Er erklärte, Frankreich werde bei den kommenden Verhandlungen von Deutschland die Achtung der gegebenen Worte und Unterschriften verlangen. Die Haager Abkommen seien auf der Basis einer vollkommenen Gleichberechtigung abgeschlossen worden. Frankreich werde sich aber nicht weigern, die Bedingungen und Modalitäten für einen neuen Zahlungsplan während der Zeit der wirtschaftlichen Depression zu prüfen. Es liege im Interesse Frankreichs und aller anderen Staaten, daß Deutschland wieder zahlungsfähig werde. Auf eine Verringerung der Reparationen könne Frankreich nur eingehen, wenn eine gleich hohe Herabsetzung der Kriegsschulden erfolgt sei. Frankreich könne keine Priorität der kurzfristigen Kredite vor den Reparationszahlungen anerkennen. In dem Prinzip der ungekündigten Zahlungen des Youngplans könne Frankreich ebenfalls nicht rühen lassen. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.)

Im Anschluß daran erklärte sich der Ministerpräsident bereit, auf alle Fragen zu antworten, die von den Fraktionssprechern gestellt würden.

zwungen sei, derartige Artikel zu bringen. Resultat: Ein Jahr Festungshaft.

Daß das Reichsgericht auch anders kann, wenn es sich um Hochverräter von der anderen Seite handelt, das ergab sich aus dem Prozeß gegen den Nazi-Reichstagsabgeordneten Buch. Dieser war vom Landgericht I in München als Verantwortlicher des holländischen Beobachters verurteilt worden. Es handelte sich um einen Aufsatz mit dem Titel: „Korrupte Novemberpolitik“. Ansonsten wird der Verantwortliche einer Zeitung verantwortlich gemacht, auch wenn er den inkriminierten Aufsatz gar nicht gelesen hat. Der zweite Straffenat des Reichsgerichts indes sprach den verantwortlichen Nazirebakteur frei. Hier handelte es sich allerdings nicht um einen Kommunisten oder um einen Sozialdemokraten. Buch war einer von der ersten Garde der Partei, die demnächst Köpfe rollen lassen will.

Bei alledem erübrigt sich also der Alibi-Beweis des Reichsanwalts. Gegen Nationalsozialisten werden prinzipiell keine Hochverratsprozesse angehängt. Der Reichsanwalt ist anscheinend besonders eng mit Herrn Hugenberg liiert. Die Leipziger Neuesten Nachrichten treten, wie das von dem Blatt, das den „Gipfel der politischen Charakterlosigkeit“ noch immer hält, nicht anders zu erwarten ist, selbstverständlich für die Hochverräter ein. „Der Tag“, das Hugenbergblatt in Berlin, hat bereits die Anweisungen ausgegeben, die demnächst, aller Wahrscheinlichkeit nach, von dem Reichsanwalt befolgt werden dürften. Das Endergebnis dieser Aktion wird wohl sein, daß wegen des hochverräterischen Unternehmens der hessischen Reichstagsabgeordneten in Wäldchen wahrscheinlich Republikaner vor den Schranken des Reichsgerichts erscheinen müssen. „Der Tag“ betrachtet die Veröffentlichung des Dokuments als „Störung der Ordnung“ und gibt in seiner Nummer vom 27. November, ganz im Geiste der Leipziger Neuesten Nachrichten, folgende Anweisung heraus:

„Werden die Notverordnungen auch der Linken gegenüber mit dem Nachdruck angewandt, der notwendig ist angesichts der schweren inner- und außenpolitischen Schädigung, die ein derartig hemmungsloses Vorgehen der Linken nach sich ziehen kann?“

Das ist von ungefähr der Geist, der auch aus der Erklärung des Reichsanwalts zu ersehen ist. Warten wir ab, welche Ergebnisse die Aktion der hessischen Abgeordneten haben werden. Am Ende ist vielleicht auch die Regierung Brüning noch da. Vorläufig erklärt die Germania, das Sprachrohr des Reichskanzlers, in einer Betrachtung des hochverräterischen Dokuments das folgende:

„Wenn man von nationalsozialistischer Seite sagt, daß es sich hier nur um eine Privatangelegenheit handle — was nach der gerichtlichen Klärung bedarf —, dann ist es ebenfalls eine Privatangelegenheit, die voll und ganz aus dem Geiste der nationalsozialistischen Organisation geschöpft ist und die uns deshalb ein sehr zuverlässiges Bild davon gibt, wie dieser Geist sich betätigen wird, wenn einmal die Schranken fallen sollten!“

Die gesamte Linkspresse wendet sich gegen die hochverräterischen Pläne der Nationalsozialisten. Nur von einer Seite erhalten die Nazis und der auf dem rechten Auge erblindete Oberreichsanwalt Dr. Werner Suktors, nämlich von der Partei der Sendewitz und Rosenfeld. Zwar bringt ihre Zeitung in der Nummer vom 27. November in Fettdruck eine Kundgebung der SPD gegen das Urteil im Wäldchenprozeß. In der nationalsozialistischen Aktion indes erklärt sie sich solidarisch mit dem Reichsanwalt, indem sie schreibt:

„In festem Parallellismus dazu steht die große Aufmachung, mit der die preussische Regierung das phantastische Blute-dokument heftiger Nationalsozialisten der saunendenen Mittelübergibt. Was ist da los? Ist das so unerhört neu, daß die Nazis die Absicht haben, mit blutiger Gewalt zu regieren, wenn es soweit ist, daß sie regieren können? Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in nationalsozialistischen Gehirnplänen wie dieses heftige Dokument reifen. Was aber bewegt Severing dazu, diese wirklich nicht neue Tatsache gerade jetzt so in Szene zu setzen, und gerade auf heftigem Boden? Glaubst er wirklich, daß die nationalsozialistische Parteileitung gerade in diesem Augenblick solche Dokumente fabrizieren läßt, wo sie unmittelbar an der Schwelle der Machtergreifung auf parlamentarischem Wege steht?“

Der Reichsanwalt ist nur auf dem rechten Auge blind. Kurt Rosenfeld ist blind auf beiden Augen, sobald die Sozialdemokraten in Frage kommen. Geht es um die Loserierungspolitik, dann mögen die Nazis auf die Barrikaden steigen. Zu der Blindheit der Sapisten stellt sich dann noch die Taubheit ein. Das ist die Sekte, von der der deutschen Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus das Heil und der Segen kommen soll.

Bernehmung Schäfers abgeschlossen

SPD Leipzig, 27. November.

Die Bernehmung des bisherigen Nationalsozialisten Dr. Schäfer, des Mannes, der die Bodenheimer Morbstellen enthüllt hat, durch die Oberreichsanwaltschaft ist am Donnerstagsabend abgeschlossen worden. Schäfer erklärte u. a., daß sein Erscheinen beim Polizeipräsidenten in Frankfurt und auch beim preussischen Innenminister nicht den Zweck gehabt habe, ein Verfahren wegen eines hochverräterischen Unternehmens in Gang zu bringen. Vielmehr habe er nur darauf hinweisen wollen, daß in nationalsozialistischen Kreisen nach seiner Auffassung ganz unsinnige wirtschaftliche Ansichten und Anschauungen über die Maßnahmen vorhanden sind, die für den Fall, daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen, zur Durchführung kommen sollten.

Am Donnerstag wurde die polizeiliche Aktion mit einer neuerlichen Durchsuchung des „Braunen Hauses“ in Darmstadt fortgesetzt. Ueber das Ergebnis ist bis zur Stunde noch nichts zu hören.

Dr. Best verschunden

DNV Berlin, 26. November.

Im Zusammenhang mit den Berichten über das Ergebnis der Hausdurchsuchungen bei den Führern der hessischen Nationalsozialisten werden die Blätter, die Ulfeser Dr. Best seit gestern abend nicht mehr aufzufinden ist. Er sei in Urlaub gegangen, ohne sich von seinem Vorgesetzten zu verabschieden.

Nazi-Parlamentsdienst verboten

Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen den „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“, das Mitteilungsblatt der Reichstagsfraktion der NSDAP, bis zum 21. Februar 1932 verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer wiedergegebenen kleinen Anfrage des Abgeordneten Kube unter der Überschrift: „Noch immer Ausnahmebestimmungen gegen die NSDAP“. Diese kleine Anfrage stelle den Versuch einer terroristischen Zersetzungsaktion in der Beamten-schaft dar.

Das hochverräterische Dokument

Erklärung Dr. Bests

Die Gaugeschäftsstelle der NSDAP hat am Donnerstagsabend eine längere Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß der Gerichtsassessor Dr. Werner Best der Verfasser des putschlichen Bogheimer Dokuments ist und nach der Best am Donnerstagsnachmittag gegenüber der Gauleitung in Darmstadt eine formulierte Erklärung abgegeben hat, der wir folgendes entnehmen:

„Ich bin der Verfasser eines Entwurfs, dessen Einzelheiten in dem von dem preussischen Innenminister der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sind. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Zustand erwartet wurde und von den Dienststellen der NSDAP keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich ohne Auftrag und ohne Rücksprache mit dem Umkwalters der Partei zur Ausarbeitung von Richtlinien für die einstige Lage, die ein selbständiges Handeln der nationalen Bewegung notwendig machen konnte für den Fall, daß die kommunistische Revolte über die Staatsgewalt siegen würde.“

Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen Denunzianten Schäfer. Offenbach, zur Klärung über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische Entwicklung seit dem 1. August d. J. eine weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP, besonders auch weder der damalige Gauleiter Gemeinder noch die Reichsleitung, haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Richtlinien sind auch nicht in einer „geheimen Sitzung auf dem Bogheimer Hof beschlossen worden“. Ich habe vielmehr gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem Hof, das an sich anderen Zwecken galt, den von mir allein hergestellten Entwurf einigen (nicht allen) der Anwesenden zur Kenntnisnahme und Auswertung übergeben.“

Der jetzige Denunziant Schäfer, Offenbach, hat als damaliger Leiter des Gauwirtschaftsbeirats der NSDAP, Gau Hessen, meinen Entwurf mit mir öfters durchgesprochen, ohne den Bedingungen und dem Charakter des legalen Charakters der von mir angeregten Erörterungen zu bezweifeln. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die bewußt angestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auftrage des Gauleiters von A. M. d. R. die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Verschweigen seiner Bestrafung wegen Wechselfälzung usw. und durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung seine Kandidatur für den hessischen Landtag bei der NSDAP erschwerte hat.

Wenn ich noch darauf hinweise, daß Schäfer vor seiner im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Verurteilung durch psychiatrische Gutachten als schwerkranke Person und als stark vermindert zurechnungsfähig festgestellt wurde, so dürfte die Öffentlichkeit nunmehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des vom preussischen Innenminister veröffentlichten Materials ein abschließendes Urteil zu bilden.“

Die Erklärung beweist, daß das veröffentlichte Dokument echt ist und alle gegenteiligen Behauptungen der faschistischen Meute nebst ihren Freunden den Tatsachen nicht entsprechen. Sie offenbart zweitens, daß der Verfasser des Blutdokuments auf die Brücke tritt, die der Oberreichsanwalt ihm und selbstergebenen mit seiner Erklärung gebaut hat.

Ihr Blutrezept!

- Erstiegen —! — wer nicht brav pariert,
 - Erstiegen —! — wer ein Wort verliert,
 - Erstiegen —! — wer für Lohn und Brot,
 - Erstiegen —! — wer marxistenrot,
 - Erstiegen —! — wer für Freiheit steht,
 - Erstiegen —! — wer die Wahrheit spricht,
 - Erstiegen —! — wer Verdacht erregt,
 - Erstiegen —! — wer sich nur bewegt,
 - Erstiegen —! — wer zu denken wagt,
 - Erstiegen —! — wen der Hunger plagt,
 - Erstiegen —! — wer den Geldsack schmägt,
 - Erstiegen —! — wer noch aufrecht geht,
 - Erstiegen —! — grundlos, immerzu,
 - Erstiegen —! — bis zur Kirchensturz.
- Das soll, Prolet, prägnant sein —!
 Des „Dritten Reiches“ Lösung sein —!
 Kurt Reiser-Bloch.

Nazi-Blutrache gegen Schäfer

Die Wohnung des Ministerkandidaten überfallen

SPD, Darmstadt, 26. November.

Die hessischen Nationalsozialisten haben seit einer Woche gefürchtet, daß Enthüllungen über ihr illegales Treiben in die Öffentlichkeit gelangen würden. Vor etwa einer Woche ist der stillere Wirtschaftsreferent der nationalsozialistischen Gauleitung, Dr. Schäfer, aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Da er in alle Einzelheiten eingeweiht war, haben sie gefürchtet, daß von ihm Enthüllungen erfolgen könnten.

Sie haben deshalb die Wohnung Schäfers überfallen und durchsucht, sie haben seinen alten Vater mißhandelt, aber nichts gefunden. Noch gestern haben sie versucht, Schäfer zu drohenderem: Die Gaugeschäftsstelle in Darmstadt hat eine Meldung herausgegeben, nach der Schäfer ausgeschieden sei, weil er „eine schwarze Vergangenheit“ habe. Diese Meldung war ein Ausfluß des bösen Gewissens.

Der Zeuge Schäfer ist durchaus ernst und glaubwürdig. Er gehört seit 1926 der NSDAP an. Er war einer der geschäftlichsten Funktionäre seiner Partei in Hessen, er stand in engster Wahl für die Nachfolge des Gauleiters. Es war beabsichtigt, ihn nach der Wahl zum Landtagspräsidenten zu machen. Für den Fall, daß eine Regierungskoalition in Hessen mit den Nationalsozialisten zustande kommen sollte, war Dr. Schäfer zum Minister bestimmt. Er ist 38 Jahre alt, hat Nationalökonomie studiert und hat als Wirtschaftsberater praktische Wirtschafts- und Verwaltungserfahrungen.

Dieser Mann ist selbstverständlich kein Spieß. Er hat seinen Schritt folgendermaßen befundet: „Ich kann so etwas nicht mitmachen, das führt zu einem schmerzhaften Wutbad, das dem deutschen Volke nicht hilft.“ Er ist bereit, mit seiner ganzen Person für seinen Schritt einzutreten, er will nicht im Hintergrund bleiben, sondern öffentlich bezeugen, was er alles gesehen und gehört hat.

Mein Name ist Hase

Die Reichsleitung weiß von nichts

SPD. Der Nazi-Abgeordnete Gochring hat dem Reichsminister des Innern im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Bogheimer Dokuments im Auftrage Hitlers folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteiklassen haben damit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beständigen Standpunkt strenger Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen unteruchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rückstillslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

Jetzt haben die Blutbesten von Bodenheim das Wort. Hat Hitler bzw. die Nazigauleitung in Hessen von ihrem Vorhaben gewußt oder nicht?

Wittmaack Kandidat für den Landtagspräsidenten

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat in ihrer heutigen Sitzung den Abgeordneten Wittmaack zum Präsidenten des Landtags als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels nominiert. Der Abgeordnete Wittmaack ist Stadtrat in Magdeburg und im Wahlkreis Magdeburg für die SPD gewählt.

Landbündler bei den Nazis

Die Gauleitung der NSDAP Weimar teilt mit: Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes von Engel, am 26. November seinen Abschied von der NSDAP erklärt. Auch der Direktor des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, M. d. R., und Landwirt Sieber, M. d. R., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur NSDAP übergetreten.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat, wie die Blätter erfahren, gegen den früheren Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, August Winnig, ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Winnig einen Vortrag auf einem nationalsozialistischen Schulungskursus in München gehalten hat.

Freih Kunert gestorben

Wieder ist einer der Alten dahingegangen. Vor Jahresfrist brachten wir ein Bild von ihm, als er seinen 81. Geburtstag beging. Jetzt wurde er zu den Vätern abgerufen, der ein Lebensalter im Dienste der proletarischen Klasse stand. Freih Kunert ist aus dem Lehrerberuf hervorgegangen. 1871 bis 1888 amtierte er als Volksschullehrer in Berlin. Danach betätigte er sich auf dem Gebiete der Schriftstellerei. Noch am Ausgange des Sozialistengesetzes wurde er Redakteur an den Parteiblättern Schlesiens. 1894 bis 1917 verwaltete er das Redaktionssekretariat am Vorwärts. Zuweilen zeichnete er auch als verantwortlicher Redakteur. Seine journalistische Tätigkeit hat ihm zahllose Prozesse eingebracht. Fast zwei Jahre seines Lebens hat er im Gefängnis zugebracht. Von 1890 bis zum Jahre 1924 vertrat er in den Reichsparlamenten zunächst den Wahlkreis Halle. Nach dem 9. November war er Spitzenkandidat für den Wahlkreis Halle-Merseburg.

Freih Kunert kämpfte in Halle Schulter an Schulter mit den Leipziger Genossen. Sein Name hat bei den Arbeitern des Halleschen Bezirks eine große Stellung gehabt. Sein Gedächtnis wird in den Reihen der Arbeiterklasse ewig weiterleben. Er war einer von den Alten, die sich völlig selbstlos der Arbeiterklasse zur Verfügung stellten. Freih Kunert ist aus den Schlachtreihen erst ausgeschieden, als er unter der Last des Alters den Kampf aufzugeben gezwungen war.

Zagung des Vorkommensrates

Keine Einberufung des Reichstages

SPD Der Vorkommensrat des Reichstages befahte sich am Donnerstag mit mehreren aktuellen Angelegenheiten.

Der Vorkommensrat beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse berechtigt seien, die Ausschüsse einzuberufen. Anlaß zu dieser Erörterung boten die Beschwerden, die die nationalsozialistischen Vorsitzenden des Rechtsausschusses und des auswärtigen Ausschusses erhoben hatten. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses hat die Einberufung dieses Gremiums als geschäftsordnungswidrig bezeichnet, weil sie von seinem Stellvertreter vorgenommen worden ist. Der Abgeordnete Dr. Fric hat sich dadurch beschwert gefühlt, daß sein Stellvertreter, der Abgeordnete Scheidemann, nachdem Dr. Fric auf einen kommunistischen Antrag wegen Einberufung des auswärtigen Ausschusses mehrere Tage lang überhaupt nicht reagiert hatte, die übliche briefliche Umfrage an die Fraktionen erlassen hatte, durch die sie zu einer Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag veranlaßt werden sollten. Herr Fric ist dabei so weit gegangen, diktatorisch von sich aus zu erklären, daß er eine Einberufung des Ausschusses nicht vornehmen werde. Der Vorkommensrat hat jetzt einen schon früher gefaßten Beschluß bestätigt, wonach die stellvertretenden Vorsitzenden ermächtigt sind, bei Verlegen der ersten Vorsitzenden Sitzungen der Ausschüsse anzuberaumen. Den Ausschüssen selbst bleibt es überlassen, im Falle des fortgesetzten Nichterscheinens der gewählten Funktionäre andere Vorsitzende zu bestellen.

Die Kommunisten stellten sodann den Antrag auf Einberufung des Reichstages für nächsten Mittwoch. Sie fanden die Unterstützung der Deutschnationalen und der Landvolkpartei. Die meisten übrigen Mitglieder des Vorkommensrates wiesen daraufhin, daß der Antrag gar nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und daß sie nicht in der Lage seien, ohne Befragung ihrer Fraktionen ein Wort abzugeben.

Der badische Justizskandal

Die antisozialistischen Flieger endlich freigelassen

SPD Konstanz, 26. November. Am Donnerstagabend wurden die antisozialistischen Flieger Bassani, Rosselli und Tarhiani sowie der Deutsche Haefner auf freien Fuß gesetzt. Die Angelegenheit wurde ohne Gerichtsverhandlung durch Strafbefehle erledigt und zwar in Höhe von 250 Mark gegen Bassani wegen Vergehens, 100 Mark gegen Rosselli wegen unerlaubten Waffenbesitzes, während Tarhiani strafflos ausgeht. Als Verteidiger fungierten die sozialdemokratischen Konstanz Rechtsanwälte Dr. Winneken und Eduard Frank, unterstützt von Rechtsanwalt Modigliani, der aus Paris eingetroffen war, um sich seiner Landesleute anzunehmen. Die Italiener verlassen Konstanz am Freitagvormittag.

Urteil im Sörgiebel-Prozess

CPD Berlin, 26. November.

Die Strafkammer des Landgerichts I verurteilte als Berufungsinstanz den Schneider Hermann Sörgiebel, der den Weberfall auf Polizeipräsident Sörgiebel im Gerichtsaal verübt hatte, wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Die erste Instanz hatte auf fünf Monate erkannt.

Der Landesverband Hessen der Wirtschaftspartei hat, wie die Telegraphen-Union erfährt, in seiner Wahlkreisversammlung in Frankfurt am Main einstimmig beschlossen, die hessischen Landtagswahlen anzusehen. Der Beschluß gründet sich noch Anlaß der Wirtschaftspartei auf die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den hessischen Wahlen, was gegen die Verfassung verstößt.

Weiteres Material für Herrn Gröner

Die Organisatoren der Saalschlachten

Solange es Nazis in Deutschland in dem gegenwärtigen Ausmaße nicht gab, waren Versammlungsstörungen und Reibereien unter politischen Gegnern eine Seltenheit. Diesen Zustand haben Hitlers „rauhe Kämpfer“ bewußt geändert. Wo sie mit politischen Gegnern zusammentreffen, gibt es Scherben, oft auch Verletzte und Tote. Welche finanzielle Auswirkung diese Sorte Volkstun in letzter Zeit für die Nazis gehabt hat, ergibt sich daraus, daß die Naziführung inzwischen eine besondere Saalschädenkasse eingerichtet hat. Darüber heißt es in dem Naziverordnungsblatt vom 18. September:

„Laut Anordnung der Reichsleitung sind ab 1. Mai 1931 alle Versammlungen der Saalschädenkasse, München 43, Postfach 80, ordnungsmäßig zu melden, gleichzeitig ist für jede Versammlung ein festgelegter, sehr niedriger Beitrag abzuführen. Aus den eingehenden Beiträgen deckt die Saalschädenkasse die in angemeldeten Versammlungen angerichteten Saalschäden. Bisher sind bei weitem nicht alle Ortsgruppen der Anordnung nachgekommen, die eingehenden Beiträge reichen bisher in keiner Weise aus. Erneut werden daher ganz dringend alle Ortsgruppenleiter um Befolgung der Anordnung ersucht; nur wenn sofortige, reißende Begleichung der angerichteten Schäden möglich ist, stellen die Saalinhhaber dieser Orte auch weiterhin ihre Säle zur Verfügung.“

Dieser Hitler-„Erlaß“ ist ein neuer, herrlicher Beitrag zur „ritischen Erneuerung“ Deutschlands durch die Nazipartei. Er zeigt durch die Bemerkung, daß die Beiträge „in keiner Weise ausreichen“, zugleich, daß der NSDAP, die Saalschlachten ein schönes Stück Geld kosten und beständig in seinem Schlußsatz, daß die Mehrzahl der Saalschlachten auf die „rauen Kämpfer“ der Nazis zurückzuführen sind.

Unsporn zu neuen „Selbentaten“

So oft die Nazis in eine Reiterei mit Anderdenkenden verwickelt waren, versuchen sie die Schuld für diese Auseinandersetzungen auf die Anderen abzuwälzen und ihre Hände in Unschuld zu waschen. In Wirklichkeit sind die nationalsozialistischen Sturm-

abteilungen wohlorganisierte Prügelkolonnen, wie der nachstehende „Stabsbefehl“ der Kölner SA vom 1. August 1931 beweist:

„Für die weitere Räumungsbuchführung in der Mühlheimer Stadthalle am 31. pto. spreche ich der beteiligten SA, insbesondere den SA-Führern, Ottenhoff, Odenball und von Schmidt und den SA-Männern des Motorsturmes und des Sturmes 18 meine volle Anerkennung aus. Es ist jedoch für die Folge bei derartigen Saalschlachten auf das Kommando des diensttuenden SA-Führers mehr zu achten, damit durch einheitliches Vorgehen pp. von vornherein die unbedingte Gewähr unseres Erfolges gegeben ist.“

Aus diesem „Stabsbefehl“ geht für jeden, der es bisher noch nicht gewußt haben sollte, mit aller Deutlichkeit hervor, welche besonderen Aufgaben die SA-Abteilungen der Nazipartei zu erfüllen haben. Sie sind gut organisierte Spreng- und Raufkolonnen, zu planmäßigen Überfällen auf politische Gegner bestreift. In seiner Rede vor den Innenministern der Länder hat Herr Gröner über das „umfangreiche Material“ über politische Terrorakte, das ihm Herr Hitler zur Verfügung gestellt hat, berichtet. Da wir wohl mit Recht annehmen können, daß in diesem „Material“ über die so „anerkanntswürdige“ Tätigkeit der „wackeren“ SA-Leute und ihrer Führer nichts enthalten ist, möchten wir Herrn Gröner auf diese Dinge ganz besonders aufmerksam machen. Vielleicht findet er, daß in der Nazipartei noch so mancherlei vorhanden ist, was nicht nur Anlaß zur „eingehenden Prüfung“, sondern auch zu entsprechenden Maßnahmen gegen den politischen Terror von dieser Seite geben mußte.

In einer Bräuhäuserversammlung in München hat Gottfried Feder seine fanatisierten Zuhörer mit der Erklärung aufgereizt, daß die marxistischen Bonzen noch im Jahre 1931 vor den Staatsgerichtshof des Dritten Reiches, dem er selbst angehören werde, zitiert und abgeurteilt würden. Darauf wurde ihm aus der Versammlung beruhigend zugerufen: „1932!“ Vökelind erwiderte Feder: „Ich meine schon 1931. Ich habe mich nicht verprochen. Dieses Gericht wird noch im Jahre 1931 hereinbrechen.“ — Worauf dem versprechenden Heher für m i s c h e Ovationen zuteil wurden.

Abwehr gegen englischen Protektionismus

Einfuhrzölle in Frankreich

TU Paris, 25. November.

Die Einführung einer Einfuhrsteuer von 15 v. H. für Waren aus Ländern mit niedriger Valuta kann als erste Maßnahme gegen die englische Schutzpolitik angesehen werden. Ein weiterer Gesetzesvorschlag, der eine allgemeine Erhöhung der Einfuhrsteuer auf Halbfertig- und Fertigwaren vorseht, wird bereits in den nächsten Tagen der Kammer zur Annahme unterbreitet. Darüber hinaus beabsichtigt die französische Regierung gewisse Einfuhrerzeugnisse freizugeben zu Kontingenzen. Sie lenkt ihr Hauptaugenmerk hierbei auf holländische Blumen, türkische und polnische Eier und belgisches Geflügel sowie belgische Eier. Für die französische Industrie sollen ebenfalls umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Am Freitag wird ein Ministerrat zusammentreten, um die Lage zu prüfen. Die Regierung ist fest entschlossen, sich durch keinerlei Protekte von englischer Seite davon abbringen zu lassen, den zum Schutz der eigenen Industrie eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

TU Kopenhagen, 25. November.

Am Mittwoch fand eine geheime Reichstagsitzung statt, an der die Mitglieder des Folketing und des Landsting sowie die Mitglieder der Regierung teilnahmen. Außenminister Dr. Munch gab eine Darlegung der handelspolitischen Lage Dänemarks, der er die Lage in den Ländern gegenüberstellte, die Abnehmer von dänischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind. Danach hielt Ministerpräsident Stauning eine kurze Ansprache, woran sich eine allgemeine Aussprache anschloß.

Wie verlautet, soll geplant sein:

1. Erfassung aller fremden Devisen, um sie der dänischen Einfuhr zuzuführen;
2. Einschränkung der Einfuhr von Zuzuwaren;
3. Errichtung eines Wirtschaftsbeirates, gebildet aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Erwerbszweige.

Banken unter Staatsaufsicht

SPD Madrid, 26. November.

Die Nationalversammlung nahm in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Bankreformgesetz an. Das Gesetz entspricht in wesentlichen den Forderungen der spanischen Sozialisten und stellt die Banken unter die Aufsicht eines Überwachungsamtes, dem 10 Beamte des Finanzministeriums angehören. Außerdem ernannt die Regierung als Vertreter der nationalen Wirtschaftsinteressen drei Regierungskommissare für die Aufsichtsräte der Banken. Diese Kommissare dürfen während ihrer Amtszeit keinerlei Bankaktien besitzen und können jederzeit abgesetzt werden.

Die Schutzzöllner dringen weiter vor

SPD London, 26. November.

Die englischen Schutzzöllner haben einen neuen Sieg über die Regierung oder genauer gesagt über die freihändlerischen Elemente in ihr errungen. Am Donnerstagnachmittag kündigte der Landwirtschaftsminister an, daß die Regierung in der nächsten Woche ein Ermächtigungsgesetz für die Verordnung von Zöllen auf Frühgemüse und andere Frühprodukte vom Parlament verabschieden lassen werde. Ferner verkündete er, daß die Regierung das Prinzip des Beimahlungszwangs für englischen Weizen angenommen habe. Man rechnet mit einem Beimahlungszwang von 15 bis 20 Prozent.

Das ist das letzte Ergebnis des ständig wachsenden Druckes, der von den Vorkämpfern des Protektionismus auf die Regierung ausgeht. Nach den Runciman-Zöllen auf gewisse Fertigeisenfabrikate, die am Mittwoch in Kraft getreten sind, sind jetzt auch Zölle auf Frühkartoffeln, Tomaten, Spargel, Gurken, Schnittblumen sowie Konserven zu erwarten, von denen in erster Linie Frankreich, Belgien und Holland betroffen werden. Diese Länder werden natürlich zu Gegenmaßnahmen greifen und der Zollkrieg erscheint unvermeidlich. Bereits jetzt bekommt England die Folgen seiner neuen Handelspolitik zu spüren. Die 16prozentigen Zölle auf die englische Einfuhr, die Frankreich unter der Begründung der Pfundbewertung erhebt, sowie vor allem die Herabsetzung der Einfuhrquote für englische Kohle von 80 auf 72 Prozent des Durchschnitts der letzten drei Jahre, treffen die englischen Kohlenbergwerke in Wales sehr empfindlich. Die Regierung hat zwar im Unterhaus versprochen, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, doch ist ihre Position in einem Augenblick, in dem sie prohibitive Maßnahmen gegen die Einfuhr französischer Frühgemüses ankündigt, nicht sehr hart. Trotzdem geht die Schutzzöllner in England weiter. Schon werden Zölle auf Zuckerrüben, Fischereiwaren, Eisen, Stahl usw. verlangt. Das Ziel des Protektionismus ist, nach und nach so viele Einzelzölle durchzuführen, daß die Einführung eines Generaltarifs schließlich praktisch keine Veränderung der Lage, sondern nur noch eine gesetzgeberische Ordnung der tatsächlichen Verhältnisse bedeuten wird.

Schlägerei im rumänischen Parlament

SPD Bukarest, 26. November.

In der Kammer kam es während der Debatte über die Thronrede zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Abgeordneten der Regierungsparteien. Der Regierungsabgeordnete Dumitrescu verfecht dem Sozialisten Gehrmann nach einem heftigen Wortwechsel mehrere Faustschläge ins Gesicht. Das war das Signal zu einer allgemeinen Schlägerei, die schließlich zur Unterbrechung der Sitzung führte. Dumitrescu und Gehrmann wurden für einen Tag ausgeschloffen.

Verantwortlich für den rebellischen Teil: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den Anstößigen: Hugo Schönd in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei „Kriegelstein“, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

neu ist die 33 1/3 Prozent bessere Mischung echt orientalischer Tabake

neu ist das stärkere und längere Format der Haus Bergmann „66“

neu ist die orange und gelbe Packung der Haus Bergmann „66“

neu ist die „Mundstücklose“ Haus Bergmann „66“

Gelbe Packung: Rund-Dick. Ohne Mundstück
Orange Packung: Mit Goldmundstück

Gegen die Not der sächsischen Gemeinden

Von Paul Herz, M. d. R.

In der letzten Woche haben zwischen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern und Vertretern der Reichstagsfraktion Besprechungen über die besonders trostlose Lage der sächsischen Gemeinden stattgefunden. Welche Stellung die Reichstagsfraktion zu den dabei erörterten Problemen einnimmt, geht aus den nachstehenden Ausführungen des Genossen Herz hervor, die erstlichsweise erkennen lassen, daß der Ernst der Lage in vollem Umfange erkannt wird.

Die Vorschläge zur Abwehr des finanziellen Zusammenbruchs der sächsischen Gemeinden werden mit größter Beschleunigung zum Gegenstand von Verhandlungen mit der Reichsregierung gemacht werden müssen.

Die von Monat zu Monat wachsende Notlage der Gemeinden ist heute die brennendste Sorge der deutschen Finanzpolitik. Wie alle übrigen öffentlichen Körperschaften, leiden auch die Gemeinden unter den Folgen der Wirtschaftskrise, die zu einem Rückgang der öffentlichen Einnahmen und gleichzeitiger wachsender Ausgaben führt. Aber die Gemeinden werden von den Folgen der Wirtschaftskrise noch viel stärker betroffen als Reich und Länder, weil wir in Deutschland eine geradezu unheimliche Verteilung der Erwerbslosenlasten haben, die die schwächsten Glieder der öffentlichen Wirtschaft am härtesten befaßt. Je länger die Wirtschaftskrise dauert, um so mehr hat sich die Zahl der Erwerbslosen von der Erwerbslosenversicherung auf die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtspflege verschoben. An den Kosten der Krisenfürsorge sind die Gemeinden mit einem Fünftel beteiligt, während sie bei der Wohlfahrtspflege sogar die vollen Unterhaltungslasten zu tragen haben. Je mehr also die Zahl der Wohlfahrtsleistungslamenenartig ansteigt, um so mehr steuert die Finanzlage der Gemeinden einer Katastrophe zu.

Diese Katastrophe droht um so mehr, als die finanziellen Lasten innerhalb der Gemeinden nicht gleichmäßig verteilt sind. Alle Gemeinden leiden unter der Finanznot; aber nicht alle leiden gleich schwer. Neben solchen verhältnismäßig günstig gestellten, wie z. B. Württemberg, gibt es besonders schwer betroffene Notstandsgebiete, wie z. B. Schleien, Offenbach und neuerdings auch Mitteldeutschland. In diesen Notstandsgebieten, in denen die Katastrophe der Gemeindefinanzien unmittelbar vor der Tür steht, gehört insbesondere Sachsen. Wie schwer gerade die sächsischen Gemeinden von der Wirtschaftskrise betroffen worden sind, geht am besten aus einem Vergleich der Zahl der Erwerbslosen im Reich und in Sachsen hervor. Ende September 1931 betragen diese Zahlen auf 1000 Einwohner:

	In Sachsen	im Reich
In der Erwerbslosenversicherung	27,4	21,5
In der Krisenfürsorge	27,3	18,8
Bei den Wohlfahrtsleistungslamenen	35,7	20,8
Arbeitslose insgesamt	100,4	60,8

In allen Zweigen der Erwerbslosenunterstützung ist also Sachsen erheblich schlechter gestellt als das übrige Reichsgebiet. Besonders aber die Zahl der Wohlfahrtsleistungslamenen — und das ist für die Gemeindefinanzien der entscheidende Punkt — ist

in Sachsen um über 70 Prozent höher als im Reich

Diese Zahl hat sich in Sachsen im letzten Jahr nahezu verdoppelt. Besonders schwer werden von dieser Entwicklung natürlich die Arbeiterwohnungsgebiete betroffen.

Als besonders gefährlich muß die Lage der kleinen sächsischen Gemeinden angesehen werden. Hier ist der Anteil der Wohlfahrtsleistungslamenen an der Bevölkerung in den Landgemeinden von 2000 bis 5000 Einwohnern mehr als doppelt so hoch als im Reich, in den Gemeinden von 1000 bis 2000 Einwohnern dreimal so hoch und in den kleinsten Gemeinden sogar mehr als viermal so hoch. Die besondere Struktur des sächsischen Wirtschaftsgebietes kommt hier zum Ausdruck: Sachsen ist ein einheitliches großes Industriegebiet und seine zahlreichen kleinen Gemeinden sind im Grunde nur Glieder einer großen Industriestadt.

Die Notlage der sächsischen Gemeinden ist verschärft worden durch die hohe kurzfristige Verschuldung. Weil Sachsen schon seit Jahren besonders bedrohtes Notstandsgebiet ist, hat sich eine ganze Reihe von Gemeinden nicht anders zu helfen gewagt, als für die steigenden Ausgaben wenigstens eine vorläufige Deckung durch kurzfristige Schulden zu erlangen. Ein gut Teil Schuld trägt auch die sächsische Regierung. Sie hat die Gemeinden seit Jahr und Tag verhindert, ihre Steuerquellen voll auszuschöpfen und hat vor allem die Realsteuern besonders niedrig gehalten. Sie hat noch in den letzten Monaten auf Grund der Reichsnotverordnung vom 1. Dezember 1930 eine Senkung der Grundsteuer um 10 Prozent und der Gewerbesteuer um 20 Prozent durchgeführt, während sich die meisten anderen Länder mit viel geringeren Senkungsbeträgen begnügt haben.

Soweit ein Außenstehender es überblicken kann, haben die sächsischen Gemeinden selbst alles getan, was in ihren Kräften stand, um den finanziellen Zusammenbruch abzuwehren. Sie haben alle übrigen Ausgaben zurückgestellt, um nur die Wohlfahrtslasten aufbringen zu können. Sogar wichtige Kultur- und Wohlfahrtsaufgaben mußten unerfüllt bleiben, wenn man nicht die Wohlfahrtsleistungslamenen verhungern lassen wollte. Ebenso sind die Gemeindebesteuern in einer Weise erhöht worden, die das Maß des Erträglichsten fast überschreitet. Die Bürgersteuer wird zum Teil mit dem Betrag der Normalsteuer, die Biersteuer mit dem doppelten Betrag erhoben. Die Realsteuern konnten aber nicht erhöht werden, weil ihre weitere Steigerung seit der Dezember-Notverordnung des Reichspräsidenten untersagt ist. Als alle diese Maßnahmen nicht halfen, hat ein Teil der Gemeinden zu Mitteln gegriffen, die überaus bedenklich erscheinen müssen. In vielen Fällen konnte das Gemeindefinanzmittel zur Krisenfürsorge an das Reich seit Monaten nicht gezahlt werden. Ebenso sind viele Gemeinden mit ihren Bezirksumlagen im Rückstand.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht seit Jahren auf dem Standpunkt, daß, sofern die

Gemeinden selbst alles getan haben, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen,

eine Ueberwindung der Gemeindefinanznot nur mit Hilfe des Reiches möglich ist.

Diese Reichshilfe ist von doppelter Bedeutung für die kleinen Länder, die ihren Gemeinden aus eigener Kraft nicht dieselbe Hilfe leisten können, wie die großen Länder. Weiter hat sich die Regierung bislang in ihren finanzpolitischen Maßnahmen von einer kommunaleindlichen Einstellung leiten lassen, die eine wirksame Gemeindefürsorge immer wieder verhindert hat. Die Verteilung der 60 Millionen auf Grund der Juni-Notverordnung und der 170 Millionen auf Grund der Oktober-Notverordnung ist von drückenden Auflagen abhängig gemacht worden, die praktisch das Ende der deutschen Selbstverwaltung bedeuten.

Gegenüber dieser gemeindefeindlichen Politik hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in den ganzen letzten Monaten für die Sanierung der Gemeinden gekämpft. Sie hat bereits im Dezember 1930 einen eingehenden Gesetzentwurf über die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege in eine einheitliche Reichsarbeitslosenfürsorge unter umfassender Entlastung der Gemeinden eingebracht. Sie hat sich gegen die Senkung der Realsteuern und gegen ihre Begrenzung gewendet. Sie hat die Ermäßigung der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer bekämpft und gegen die Anhebung der Selbstverwaltung entchiedenen Protest erhoben. Sie wird sich auch jetzt mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß der drückenden Notlage der sächsischen Gemeinden durch besondere Hilfsmassnahmen des Reiches Rechnung getragen wird. Wenn die Reichshilfe für die Gemeinden bisher völlig unzulänglich geblieben ist, so muß sie wenigstens da eingeleitet werden, wo die Not am größten ist. Das ist bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen.

Die Sonderaktion für die sächsischen Gemeinden muß in erster Linie auf die Wiederherstellung des alten Verteilungsschlüssels bei der Verteilung der Reichshilfe gerichtet sein. Die Oktober-Notverordnung hat den Kreis der beteiligten Gemeinden erweitert und infolgedessen den Anteil der besonders schwer betroffenen Kommunen empfindlich gekürzt. Diese Kürzung muß rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus werden die sächsischen Gemeinden vor allem von den Vorschriften der Notverordnung bedroht, die dem Reichsfinanzminister zur Anrechnung der Rückstände aus dem Krisenbankrott auf die Reichsteuerverweisungen und auf die Reichshilfe ermächtigen. Hier muß angestrebt werden: 1. eine Verteilung der Rückzahlung auf einen längeren Zeitraum, und 2. eine Stundung des Krisenbankrotts, bis die Bürgersteuer 1931 zu flecken beginnt. Schließlich wird man prüfen müssen, ob nicht bei der Verteilung der öffentlichen Aufträge, insbesondere bei der Durchführung des Beschaffungsprogramms der Reichsbahn die besonders schwer bedrängte Lage der sächsischen Gemeinden berücksichtigt werden kann.

Verminderung der Reichsteuerverweisungen

Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamts belaufen sich die Einnahmen Sachsens an Landessteuern (Grund-, Gewerbe-, Hauszins-, Schlachtsteuer usw.) im Monat Oktober 1931 insgesamt auf 8,60 Millionen Mark (im gleichen Monat des Vorjahres 8,57). Das Aufkommen an Lohnsteuer in Sachsen betrug im Oktober d. J. 7,38 (10,03), an allgemeiner Umsatzsteuer 17,07 (18,04) Millionen Mark. An Reichsteuern (Einkommen-, Körperschaftsteuer usw.) wurden im Oktober 1931 an das Land Sachsen überwiesen insgesamt 10,82 (18,09), an die Gemeinden und Bezirksverbände 10,30 (18,43) Millionen Mark.

Die Gesamtverschuldung des Landes Sachsen einschließlich 50 Gemeinden und 28 Bezirksverbände betrug Ende September d. J. einschließlich Kassenkredit 1251,95 (1154,84) Millionen Mark; davon waren Auslandsschulden 103,51 (104,34) Millionen Mark.

„Christliche“ Fürsorge

Die Anklage der Staatsanwaltschaft Breslau (Udermarkt) gegen den Direktor und 13 schwerer Mißhandlungen beschuldigte Erzieher der Fürsorgeanstalt der Inneren Mission Waldhof bei Tempin hat erst jetzt den „Evangelischen Reichserziehungsverband“ auf den Plan gerufen. Die Leitung des „Reichserziehungsverbandes“ hat den schwerbeschuldigten Direktor Grüber indes noch nicht von seinem Amte suspendiert, sondern vorläufig erst zur Berichterstattung nach Berlin geladen.

Die Untersuchung gegen Direktor Grüber und die ihm unterstellten Erzieher — frühere Handwerker und Landwirte! — hat ergeben, daß von den 200 Jöglingen der Anstalt mindestens 50 zum Teil schwer mißhandelt worden sind. Fünf Jugendliche haben Selbstmordversuche unternommen, wurden aber „gerettet“ und schwer verprügelt; diese Prügel war offenbar bestimmt, auf künftige Selbstmordhandlungen abzusprechen zu wirken. Direktor Grüber soll von all diesen und anderen Vorfällen Kenntnis gehabt haben, jedoch nur bestrebt gewesen sein, einen öffentlichen Skandal unter allen Umständen zu vermeiden. Wenn er auch gegen die ihm unterstellten Erzieher machtlos gewesen sein mag, so trifft ihn doch der Vorwurf der Begünstigung.

Die Sache kam zuerst ans Tageslicht durch eine Anzeige des Jöglingss Rohde beim Landesjugendamt in Berlin. Hier wurde Obermagistratsrat Knauth, der nach dem Scheitern aus seiner Stellung ausscheiden mußte, von Rohde über die Zustände in Waldhof eingehend informiert. Knauth konnte sich jedoch zu entscheidenden Maßnahmen nicht entschließen. Am 23. Juni verflüchtete dann die Stadt Berlin die sofortige Zurückziehung der Berliner Jöglinge. Die anderen Fürsorgebehörden schlossen sich diesem Vorhaben nicht an.

Skarets Kuchen

In der Donnerstagverhandlung im Berliner Skaretsprozeß befandete der Zeuge Deinet, der von 1924 bis 1929 Verkaufsleiter bei der Skaretschen Arbeiterverwertungsgesellschaft war, daß die städtischen Kontrolleure bei ihren Besuchen mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden. Die Kontrolleure seien auch aufgefodert worden, sich bei der RWG Anträge machen zu lassen: die ausgeführten Bestellungen wurden dann auf das Konto „Allgemeines“ verbucht und trugen den Vermerk „Nicht mahnen!“

Weiterhin gab der Vorsitzende in der Donnerstagverhandlung bekannt, daß auf Grund eines ärztlichen Vorfalls mit Rücksicht auf die Erkrankung Willi Skarets in Zukunft nur dreimal wöchentlich verhandelt werden soll, und zwar am Montag, Mittwoch und Freitag. Am kommenden Montag findet die sehr wichtige Zeugenernehmung des früheren Bürgermeisters Scholz statt.

Inhaftierung Rahenellenbogens

Der 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts hat verfügt, daß der gegen den Schatzkassen-Generaldirektor Rahenellenbogen ergangene richterliche Haftbefehl vom 16. November trotz der gebotenen Kaution von 100 000 Mark wieder in Kraft gesetzt wird.

Zurchibares Gesunglied in Warschau

Sechs Tote

WIB Warschau, 26. November.

Von der städtischen Rettungsgesellschaft wurden heute vor-mittag aus einem Hause sechs Tote geborgen, die durch Versäumnis ums Leben gekommen waren. Fünf Bergleute liegen zudem noch hoffnungslos daneben. Das Gas war aus dem Hauptrohr in zwei Kellerwohnungen eingedrungen. Da unter den Bewohnern der Kellerwohnungen Streit entstanden war, hält man es für möglich, daß das Gasrohr angefiert worden ist. Die Untersuchung dauert an.

100 000 Mark unterschlagen

II Nürnberg, 26. November.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind bei der Zweigstelle Nürnberg der städtischen Sparkasse Koburg Unterschlagungen in Höhe von etwa 100 000 Mark vorgekommen. Die Unterschlagungen hat der Angestellte der Sparkasse Schmidt begangen, der sich zur Zeit in Untersuchungshaft befindet. Die Veruntreuungen sollen bereits 1½ Jahr zurückliegen.

Kloß und Denke

SPD Lübeck, 26. November.

Am Donnerstag wurde im Calmetteprozeß der Redakteur des sozialdemokratischen „Lübecker Volksboten“, Dr. Solmitz, als Zeuge vernommen. Er erklärte:

„Kurz nach dem Unglück teilte mir eine Schülerin von Professor Kloß, die bei uns im Hause verkehrt, mit, Professor Kloß habe sich darüber gewundert, daß ich mich noch nicht mit der Bitte um Auskunft an ihn gewandt hätte. Diese Mitteilung war mir etwas erstaunlich, weil ich nicht auf die Idee gekommen war, daß einer der unmittelbar beteiligten Kräfte der Presse Auskunft geben würde. Ich rief dann Professor Kloß am 26. Mai 1930 telefonisch an. Am Nachmittag desselben Tages fand unsere erste Unterredung statt. Der Inhalt dieser Besprechungen war im wesentlichen folgender: Professor Kloß gab mir eine Fülle von Material, das geeignet war, Professor Denke und Dr. Althaus außerordentlich schwer zu belasten. Ich sagte Professor Kloß: Sie sind doch auch für die Einführung des Calmetteverfahrens gewesen. Darauf erwiderte er: Ja, ich wollte keine Schwierigkeiten machen. Ich bin auch heute noch davon überzeugt, daß das Calmettemittel einwandfrei ist.“ Der Vorsitzende: „Hat Professor Kloß Ihnen irgendwelche Angaben gemacht, nach denen Sie den Eindruck gewinnen konnten, Professor Kloß hätte das Unglück eigentlich schon eher erkennen können?“ Dr. Solmitz:

„Professor Kloß hat mir damals gesagt, er hätte wieder und wieder gewarnt, aber man habe nicht hören und sehen wollen.“

In einer zweiten Unterredung hat mir Professor Kloß dann noch einmal erzählt, wie sehr er gewarnt hätte. Er sagte damals:

Dr. Welsler hat ja Sektionen vorgenommen. Dr. Welsler hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um Professor Denke aufzuklären. Der Vorsitzende: „Professor Kloß hat sich gegenüber nur in dem Sinne geäußert, daß es doch eine Tragödie sei, daß ein Mann wie Professor Denke das Unglück nicht eher erkannt habe. Dr. Solmitz: „Das ist nicht der Sinn seiner Worte gewesen. Das muß ich bekämpfen. Der Sinn der Äußerung war: man war so verbohrt, man hat nicht hören und nicht sehen wollen. Professor Kloß hat ganz klar und deutlich von einem schuldhaften Verhalten gesprochen.“

Der Vorsitzende fragte darauf Professor Kloß: „Haben Sie Professor Denke gewarnt?“ Professor Kloß gab hierauf die sonderbare Antwort: „Ich habe mit Professor Denke nie darüber gesprochen. Wenn ich von einer Warnung gesprochen habe, so ist das nur bildhaft zu verstehen. Sowohl bei dem Kinde Grise als auch bei dem Kinde Neuner wurde von uns eine kongenitale Tuberkulose angenommen. Den auswärtigen Besuchern und Kritikern, die nach dem Lübecker Unglück zu uns ins Allgemeine Krankenhaus gekommen sind, drängte ich die Ueberzeugung auf, daß bei dem Kinde Grise und auch bei dem Kinde Neuner eine echte Pflücker-tuberkulose vorliege. So bestätigte sich die Meinung, daß tatsächlich diese beiden Fälle gewissermaßen als Warnung des Himmels aufzufassen waren. Ich habe aber niemals zum Ausdruck bringen wollen, Professor Denke habe die Wahrheit absichtlich nicht erkennen wollen.“

Auch in anderen Punkten zeigten sich starke Widersprüche in den Aussagen von Professor Kloß und Dr. Solmitz.

Billig und gut

BULGARIA-STERN-4

ZIGARETTEN MIT FILMPHOTOS

TEUSCHER



Um die Lehrlingsbezahlung

Das Reichsarbeitsgericht stoppt ab!

z. w. Wir hatten früher häufig Gelegenheit, bei der Besprechung der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts darauf hinzuweisen, daß neben den vielen rückschrittlichen und sozial unverständigen Urteilen auch solche vorhanden sind, die man loben kann. Und wir konnten hier insbesondere die Urteile des Reichsarbeitsgerichts anführen, die die Regelung des Lehrlingswesens betrafen. Trotz des Widerstandes reaktionärer Innungsräte, trotz des Protestes englischer Lehrlingshelfer hat das Reichsarbeitsgericht in einer ganzen Reihe von Entscheidungen sich zu der Auffassung durchgerungen, daß das gegenwärtige Lehrverhältnis kein reiner Erziehungsvertrag sei, sondern beachtliche Elemente eines Arbeitsvertrages enthalte. Die Folge dieser Entscheidungen war, daß es den Anstrengungen und Bemühungen der freien Gewerkschaften gelang, die tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses in einer ganzen Anzahl von Wirtschaftszweigen zu erreichen.

Inzwischen haben sich die Zeiten gewandelt. Die wirtschaftliche Konjunktur wurde eine andere, die politische ebenfalls. Die Macht der Arbeiter- und Angestelltenbewegung ging zurück und — die Entwicklung ging nicht spurlos und ohne Eindruck an den Berufsrichtern des Reichsarbeitsgerichts vorbei. Bei einem Rechtsstreit, der vor einiger Zeit ausgetragen wurde, hatte es Gelegenheit, seine frühere Stellungnahme praktisch in erheblichem Umfang zu revidieren! Es handelte sich um die Klage eines Maurerlehrlings, in dessen Lehrvertrag eine Bestimmung enthielt, daß, bezugnehmend auf den Lehrherrn ein Lehrgeld von insgesamt 400 Mark gezahlt werden sollte. Der Lehrling gelangte nun zu der Auffassung, daß die Vereinbarung dieses Lehrgeldes praktisch eine Umgehung des Tarifvertrages sei, weil durch sie die ihm tarifvertraglich vorgegebene Lehrlingsentlohnung in gewissem Umfang abgezogen sei.

Das zuständige Arbeitsgericht gab der Feststellungslage des Lehrlings statt, das Landesarbeitsgericht jedoch machte sich den Rechtsstandpunkt des Unternehmers zu eigen und wies die Klage des Lehrlings ab. Der Revisionsantrag des Lehrlings an das Reichsarbeitsgericht hatte keinen Erfolg. In seiner Urteilsbegründung sagt das Gericht, daß in den Fällen, in denen eine gewisse Lehrlingsentlohnung vorgegeben sei, „der Lehrvertrag nicht mehr ohne weiteres ein reines Austauschverhältnis zwischen den Parteien des Lehrherrn auf der einen Seite und den Pflichten des Lehrlings auf der anderen Seite im Sinne von Leistung und Gegenleistung bedeutet“. Wie begründet nun das Gericht seine Auffassung? Es sagt:

„Wenn dem Lehrling für die von ihm zu leistende und geleistete Arbeit eine in ihrem Werte entsprechende Entlohnung erhält, so fehlt es an einer Leistung, die als Gegenwert für die von dem Lehrherrn dem Lehrling zu gewährenden Ausbildung in Betracht kommen kann. Diesen Gegenwert erhält der Lehrherr erst durch die Zahlung des besonders vereinbarten Lehrgeldes.“

Man beachte die Beweisführung des Reichsarbeitsgerichts! Es wird nicht ein konkretes Lehrverhältnis auf seinen Inhalt geprüft, sondern zu einer sozialpolitischen Entwicklung in nicht sehr überzeugender Weise Partei genommen. Das Reichsarbeitsgericht spricht nämlich aus, daß in den Fällen, in denen der Lehrling Entlohnung erhält, er seinem Lehrherrn etwas schuldig sei, nämlich Lehrgeld. Zu dieser Auffassung kann das Gericht aber nur kommen, weil es ohne jede Nachprüfung als gegeben unterstellt, daß der Lehrling für die von ihm geleistete Arbeit „eine ihrem Werte entsprechende Entlohnung erhält“. In sich, so meinen wir in aller ehrlichsteigen Selbstheiligkeit, wäre es kein Fehler, wenn sich bis zu dem Reichsarbeitsgericht einiges an nationalökonomischen Erkenntnissen herangelassen hätte, — so zum Beispiel die Problematik dessen, was es als „Wert“ einer bestimmten Arbeit an sich!

Besonders ungeheuerlich ist aber, daß der Gerichtshof als wahr unterstellt, daß im Normalfall der Lehrling seine Arbeitsleistung voll bezahlt und die Ausbildung geschenkt erhält.

Daß das Reichsarbeitsgericht dieser Auffassung ist, erkennt man unter anderem daran, daß es erklärt, daß es „freilich nicht ausgeschlossen“ sei, daß die Lehrlingsentlohnung bereits um einen Betrag für die Ausbildung von vornherein gekürzt sei, solche Fälle seien „auch möglich“!

Das Reichsarbeitsgericht ist also nicht der Meinung, daß eine besondere Festsetzung eines Lehrgeldes, das eine Verteilung der tariflich vorgegebenen Lehrlingsentlohnung bedeute, von vornherein eine Umgehung des Tarifvertrages sei. Hier hängt alles „regelmäßig“ von der Feststellung des Einzelfalles ab. Das Ergebnis dieser Rechtsprechung bedeutet also eine Benachteiligung des Lehrlings und das Eintreten einer allgemeinen Rechtsunsicherheit zungunsten der wirtschaftlich Schwächeren.

Das Gericht unterwirft nun auch das Problem, wann trotzdem eine Umgehung tarifvertraglicher Bestimmungen vorliege. So ein Verstoß könne insbesondere „dann nicht ohne weiteres erblickt werden, wenn, wie im vorliegenden Falle, nicht der Lehrling selbst, sondern der Vormund zur Zahlung verpflichtet ist“. Dasselbe gilt nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts, wenn der Vater persönlich

die Leistung des Lehrgeldes übernommen hat. Das wird, mit folgenden Ausführungen begründet:

„Die Erwägung, daß der Vormund ebenso wie der Vater nach den gesetzlichen Vorschriften unter Umständen berechtigt ist, das Arbeitsentkommen des Lehrlings, also die Lehrlingsvergütung, für die Bezahlung des Lehrgeldes in Anspruch zu nehmen, vermag allein eine andere Beurteilung der Rechtslage nicht zu rechtfertigen. Diese Möglichkeit wird allerdings häufig zu dem wirtschaftlichen Ergebnis führen, daß der Arbeitsverdienst des Lehrlings mittelbar dazu dient, seine Berufsausbildung zu ermöglichen. Darin liegt kein Verstoß gegen § 1 der Tarifvertragsverordnung. Denn der Lehrling erhält in solchem Falle für die von ihm geleistete Arbeit das tariflich festgesetzte, seiner Arbeitsleistung angemessene Entgelt uneingeschränkt von dem Lehrherrn ausbezahlt.“

Das Reichsarbeitsgericht gibt hier ohne weiteres zu, daß das „wirtschaftliche Ergebnis“ seiner Jubilatur eine Umgehung des Tarifvertrages bedeuten muß, zumindest bedeuten kann. Es begnügt sich mit der aber rein formalistischen Überlegung, daß der Lehrling die Entlohnung ja zuerst in die Hand gedrückt erhält und wenn dieselbe Entlohnung dann dem Lehrherrn als „Lehrgeld“ zurückerstattet wird, praktisch also die tarifvertragliche Entlohnung ganz oder zum Teil einbehalten wird, — nun das interessiert das Reichsarbeitsgericht weiter nicht. Der Effekt ist jedenfalls praktisch eine Verschlechterung der Rechtslage der Lehrlings. Das war nur möglich durch eine Revidierung der bisherigen Ansicht des Gerichts und ferner war dieser Auffassungswandel schlußförmig und überzeugend nicht zu begründen. Dem Reichsarbeitsgericht ist der Effekt das wichtigste. Und den Innungsreaktionären, die von dieser Ansicht profitieren, übrigens auch!

Der Lebensschluß am 24. Dezember

Der Reichstag hat bekanntlich im Jahre 1930 einige Verbesserungen des Gesetzes vom 13. Dezember 1929 über den Lebensschluß am Weihnachtsabend beschlossen. Sie erhielten jedoch nicht Gesetzeskraft, weil der Reichsrat aus formalen und sachlichen Gründen dagegen Einspruch erhob. Gleichzeitig nahm aber der Reichsrat eine Entschließung an, in der die Reichsregierung ersucht wurde, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Frage der Arbeitsruhe am 24. Dezember (Weihnachtsabend) endgültig regelt.

Der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Referentenentwurf sah entsprechend den Forderungen des BdL grundsätzlich für alle offenen Verkaufsstellen

den Fünf-Uhr-Lebensschluß am 24. Dezember

vor. Die bisher zugelassenen Ausnahmen für den Verkauf von Lebensmitteln und Blumen sollten in Wegfall kommen. Dagegen

wollte der Entwurf in Abweichung von der bisherigen Regelung das Zündendebieten der beim Lebensschluß schon anwesenden Kunden bis 5 Uhr zulassen. Außerdem enthielt er weitere wesentliche Verschlechterungen des geltenden Zustandes.

Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sowie in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium wandte sich der Zentralverband der Angestellten mit allem Nachdruck gegen die im Referentenentwurf vorgesehenen Verschlechterungen des früheren Zustandes und unterbreitete dem Ministerium weitgehende Verbesserungsvorschläge. Es wurde die völlige Streichung der Ausnahmebestimmungen und die Beschränkung des Lebensschlusses wie der Beschäftigungsdauer für die Angestellten auf 5 Uhr gefordert.

Kürzlich hat sich der Reichsrat mit der endgültigen Regierungsvorlage beschäftigt. In ihr haben die Verbesserungsvorschläge des BdL keine Berücksichtigung gefunden. Das Reichsarbeitsministerium hat in allen Teilen an der ursprünglich im Referentenentwurf vorgesehenen unzulässigen Regelung festgehalten. Im Reichsrat ist abgesehen von der Vorlage noch weiter verschlechtert worden.

Da der Reichsrat die Regierungsvorlage abänderte, kam es entsprechend nicht zu einer Beratung im Reichstag,

so daß es auch in diesem Jahre bei der im Gesetz vom 13. Dezember 1929 enthaltenen Regelung bleibt. Danach gilt grundsätzlich für alle offenen Verkaufsstellen der Fünf-Uhr-Lebensschluß, nur die Verkaufsstellen, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel, Genussmittel oder Blumen verkaufen, dürfen bis 6 Uhr offen gehalten werden.

Lohnverhandlungen und Schiedsverträge

Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau verlängert

SD. In den am Donnerstag wieder aufgenommenen Lohnverhandlungen des Ruhrbergbaus wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsvertrag geschlossen, wonach das bestehende Lohnabkommen bis Ende des Jahres verlängert wird.

Die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt. Die Gewerkschaften erhoben Bedenken gegen die nur sehr kurzfristige Verlängerung. Sie haben Verbindlichkeitsklärung beantragt. Falls der Reichsarbeitsminister dem Antrag entspricht, wird die vom Gewerkschaftsverband ausgeprochene Generalkündigung der Einzelarbeitsverträge zum 1. Dezember hinfällig. Die Nachverhandlungen finden voraussichtlich am Sonnabend in Berlin statt. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung die durch Rotverordnungen ausgeprochene Befreiung von der Beitragszahlung für die Arbeitslosenversicherung für die Untertagearbeiter weiter gewähren wird.

Für die Kasse der Metallindustrie wurde durch freie Vereinbarung bei den Nachverhandlungen eine Abfordderung von 5 Prozent festgelegt. Die Vereinbarung gilt bis zum 12. Dezember.

Der Schiedspruch für die Marinewerften in Wilhelmshaven und das Marinearsenal in Kiel mit 4% Prozent Lohn-erhöhung ist von den beiden Parteien angenommen worden.

Kaufet . . . Waren!

Krieg des Dumpings gegen das Dumping

Von Paul Szende.

„Bitte, die vielen Punkte im Titel des Artikels sind weder ein Verschreiben, noch ein Druckfehler!“

In den meisten Ländern geht jetzt eine Bewegung vor sich, die das Publikum veranlassen soll, nur einheimische Waren zu kaufen.

Kaufet englische Waren!

So lautet die Plattform einer großen Bewegung in England, die im Einverständnis mit der Regierung, mit allen möglichen Mitteln geführt wird. Vliest man die Berichte der englischen Blätter und sieht man sich die Bilder an, die in der Londoner illustrierten Presse über die Einzelheiten dieser Propaganda erscheinen, so glaubt man sich in die weiland seltsamen Zeiten des Weltkrieges versetzt. Auch damals wurde eine große nationale Bewegung entfesselt, um englische Jünglinge und Männer zum freiwilligen Eintritt in die Armee zu veranlassen, auch damals wurden Schule, Kino und Zeitungswesen in den Dienst der Propaganda gestellt, auch damals traten junge und alte Damen der vornehmen Kreise auf den Plan, um durch Einschlag ihrer weiblichen Reize der Propaganda Nachdruck zu verleihen.

Kaufet französische Waren!

erläutert der neue Schlußstrich in Frankreich. Es werden Statistiken veröffentlicht; der Kleinbürger bekommt jeden Tag zum Frühstück statistische Ausweise aufgetischt, die einerseits auf die großen Gefahren hinweisen, die die ständige Zunahme der Einfuhr für die französische Wirtschaft und Finanzen bedeutet, andererseits den Beweis erbringen wollen, daß die große Mehrzahl der importierten Waren auch in Frankreich erzeugt werden könnten.

Kaufet österreichische Waren! Kaufet rumänische Waren! Kaufet deutsche Waren!

Zur Kennzeichnung der heutigen Lage reicht unser Titel daher vollständig aus, an Stelle der Punkte muß nur ein beliebiger Landesname gesetzt werden, und wir haben den lebens-treuen Film des neuesten Abschnitts der Krise vor uns!

Das englische Antidumpinggesetz ist bereits ins Leben getreten. Ein Anglistenkrei geht durch die ganze Welt. Alle Länder, die bisher mit England in Handelsbeziehungen standen, sind ausgeheult. Länder, in denen die Krise bereits große Verwirrungen angerichtet hat, stehen der Lage ratlos gegenüber, andere Länder, wie z. B. die Tschechoslowakei, denen es bisher gelang, sich über Wasser zu halten, nehmen mit Schauern wahr, daß auch ihnen das Los der Nachbarländer nicht erspart bleiben wird. War doch England einer der besten Kunden der tschechischen Industrie. Die Freude der französischen Reaktion über die Niederlage der Arbeiterpartei in England erwies sich als sehr kurzlebig, denn diese Niederlage war zugleich ein hundertprozentiger Sieg der englischen Schutzöllner, die nicht geneigt sind, auf die wirtschaftlichen Interessen ihrer französischen Geliebtenverwandten auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Drei Wochen nach dem großen Wahlsieg führen sie bereits gegen die französische Exportindustrie einen entscheidenden Schlag. Auf dieses Trommelfeuer läßt auch die französische Regierung die schweren Geschütze auffahren; sie erließ eine Verordnung, die sich in erster Reihe gegen die Länder richtet, in denen vor kurzem die Goldwährung aufgehoben wurde, gegen England, Australien, Indien, Dänemark, Norwegen und Schweden. Die aus diesen Ländern stammenden Waren werden nun bei ihrer Einfuhr nach Frankreich einer Zusage unterworfen. Welche Wendung durch Gottes Willen! Diese zusätzlichen Zollgebühren sind aus der ersten Nachkriegszeit zur Genüge bekannt. Damals richteten sie sich aber gegen Deutschland und die übrigen Länder, deren Währungen in einer stürmischen Entwertung begriffen waren. Die Geschichte spielt manchmal tolle Streiche; vor zehn Jahren erließen jene Länder, gegen die sich jetzt das französische Verbot richtet, ähnliche Verbote. Trotz der Erschütterung ihrer Währungen gehören England und die nordischen Staaten noch immer zu den reichen Ländern, was sie aber gar nicht davon schützt, im internationalen Handelsverkehr auf eine Weise behandelt zu werden, wie es bisher nur den östlichen Betteländern gegenüber üblich war.

Der ganze Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kommt in diesen Zollmaßnahmen zum Ausdruck, der Kapitalismus führt sich selbst ad absurdum. Die Wirtschaftsführer Englands und Frankreichs — denn die Regierungen sind nur ihre Vollzugsorgane — scheinen in ihrer Ideen- und Ratlosigkeit ver-gessen zu haben, daß die kapitalistische Wirtschaft auf internationaler Arbeitsteilung beruht, die nicht ungekränkt von heute auf morgen umgestürzt werden kann. Jedem Lande steht das Recht zu, solche Industriezweige einzurichten, die bisher noch nicht vorhanden waren, aber diese Umstellung geschieht gewöhnlich nach und nach, was auch den importierenden Ländern ermöglicht, sich den geänderten Verhältnissen anzupassen. Wenn aber England jetzt in der kürzesten Zeit seine Einfuhr gewaltig herabzusetzen bestrebt ist, so kann dies nur durch eine ebenso gewaltige Herabsetzung des Lebensniveaus der ganzen Bevölkerung vor sich gehen. Nur diese Ideenlosigkeit treibt die englischen Wirtschaftsführer auf diesen abschüssigen Weg; sie finden keine andere Lösung mehr als die Übernahme des Schutzollsystems, dessen Überbetreibung in Europa und Amerika zu den vornehmlichsten Ursachen der Weltkrise gehört. Der englische Kapitalismus, noch vor kurzer Zeit ein unumschränkter Herr des internationalen Finanz- und Warenmarktes, hat unvergeßlich mehr bei seinem Systemwechsel zu verlieren als die Kapitalistenklassen der übrigen Länder. Die durch die englischen Zollmaßnahmen in ihrem Lebensniveau getroffenen anderen Länder werden sich auf die Dauer nicht mit weiteren Erhöhungen der Zölle gegen England begnügen, sie werden auch Maßnahmen ergreifen, die England als Weltbankier, den Londoner Markt, — der trotz der eingetretenen Entwertung des Pfundes noch immer das Zentrum des internationalen Warenhandels ist —, und England als Besitzer der mächtigsten Handelsflotte, als Seefuhrmann der Welt schwer treffen werden. Die Verbesserung der Handelsbilanz wird mit einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz aufgewogen werden. Es gibt in allen Ländern der Welt Fabriken, die vom englischen Kapital gegründet und gespeist werden, die Verschlechterung ihrer Lage wird den englischen Großbanken und den englischen Aktionären erhebliche Verluste zufügen.

Mit dem Begriff des Dumpings ist gewöhnlich eine gewisse moralische Empörung verbunden, die zur Rechtfertigung der gegen die Schleuderkonkurrenz ergriffenen Maßnahmen dienen soll. Durch Erfahrungen gewöhnt, haben wir für diesen moralischen Antion der Dumpingempörung wenig übrig. Würde man die Beweggründe staatswirtschaftlicher Maßnahmen nur aus den Motivenberichten der Gesetzgeber und aus den Wirtschaftskreiseln der führenden bürgerlichen Zeitungen beurteilen, so könnte man leicht dem Irrtum verfallen, daß jedes Land, jede Regierung nur darum in den Zollkrieg ziehe, um der Schutzollkonkurrenz der übrigen Länder im Rahmen der verletzten Sittlichkeit einen Riegel vorzuschieben. Doch gibt es überhaupt kein Land, das nicht in irgendeiner Weise Dumping betriebe. Der Unterschied besteht nur darin, daß das eine Land kraft seiner Entwicklung oder der gegebenen Sachlage diese Schleuderkonkurrenz viel wirksamer auszugestalten versteht, als die übrigen. Gewiß hängt das Dumping mit dem Vorhandensein des Schutzollsystems zusammen, denn die hohen Zölle erlauben es, die Inlandspreise so hoch zu halten, damit ein Teil der Produktion zu niedrigeren Preisen auf die ausländischen Märkte geworfen werden kann. In England gab es zwar keine Schutzölle, doch der englische Kapitalismus finanzierte in allen Ländern Unternehmungen, deren Geschehen von der Schleuderkonkurrenz abhängig und die eben darum in der Lage waren, dem englischen Leihkapital größere Zinsen zu bezahlen.

Dieser Krieg aller gegen alle, dieser Kreuzzug der Dumpingländer gegen die anderen Dumpingländer ist nicht nur ein widerliches Schauspiel, er trägt auch keine schwerere wirtschaftliche Last als der Zollkrieg in sich. Und daß sich zu diesen Zollkriegen oft bewaffnete Konflikte gesellen, das wissen wir aus der Geschichte zur Genüge!

Die Wiener Unversität eine Salatenkreuzlerkaserne

Das Salatenkreuzler hat sich der Wiener Unversität bemächtigt und verwehrt allen, die nicht auf das Dritte Reich schwören, den Zutritt. Eibdrillige Rektoren und Professoren haben dem Faschismus die erste Hochschule Oesterreichs ausgeliefert und der „deutschen“ Studentenenschaft die Ordnungsgewalt übertragen. Wie das aussieht, zeigt die soeben erschienene Nummer des „Kudud“

Nicht vergessen!
Jeden Freitag!
Kuchruck!

„Kudud“ in einer Reihe ausgezeichneter Bilder. Da sehen wir die uniformierten Braunheiden im Hofe der Unversität exerzieren, in der Aula militärische Apelle abhalten und Zeremonien blutig prägen. Was der „Kudud“ sonst noch bietet? Da ist vor allem der ungewöhnlich spannende Roman „Beritas verheißt die Stadt“, der mit einem großen Romanwettbewerb verbunden ist. Eine Seite führt uns nach Korrika, wo Herr Laval soeben einen Kleinrieg führt, eine andere in das alte Wien und eine dritte auf die Berliner Infanteriedörfer, Abwechslungsreich und interessant ist auch dieses „Kudud“-Heft!

Veranstaltungskalender

- Freitag, 27. November.
Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Kleinschöner, Reichs-verweiser, 20 Uhr.
- Sonnabend, 28. November.
Glaser, Volkshaus, 19 Uhr.
Hilfenleger, Volkshaus, 19 Uhr.
Wiphalteure, Volkshaus, 19 Uhr.

Die bestochenen Journalisten

ÖSD, Wien, 26. November.

In der Donnerstagssitzung des Haushaltsausschusses des Nationalrates ersuchte die Sozialdemokratie den Finanzminister um Auskunft darüber, wer die von der Kreditanstalt zur Befreiung ausländischer Journalisten zur Verfügung gestellte Summe von 300 000 Schilling erhalten habe. Der Finanzminister erwiderte, daß er von der Sache amtlich keine nähere Kenntnis habe. Die Kreditanstalt sei auch jetzt noch eine Privatbank. Tatsächlich sei ein Betrag von 300 000 Schilling, der von der Kreditanstalt selbst als Spesenbetrag bezeichnet werde, zu Informationszwecken von einem Bankkonto abgehoben worden. Näheres darüber sei jedoch in Anbetracht des Bankgeheimnisses nicht zu erfahren. Der Haushaltsausschuß nahm zu der Sache schließlich einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, bis zum 1. Dezember eine genaue Aufstellung über die Verwendung der von der Kreditanstalt für Beeinflussung von Zeitungen verwendeten 300 000 Schilling zu geben.

„Wahlrecht“ in Litauen

U. Romno, 26. November.

Das von der litauischen Regierung nach langen außerordentlich geheimen Beratungen verabschiedete Gesetz über die Wahl des Staatspräsidenten ist in einer Sonderausgabe des „Regierungsanzeigers“ veröffentlicht und mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt worden. Gleichzeitig wurde die Wahl des Staatspräsidenten am 11. Dezember und die Wahl der für die Wahl des Staatspräsidenten in der Verfassung vorgesehenen sogenannten „Vertreter des Volkes“ am 2. Dezember festgesetzt. Der Staatspräsident wird auf Grund der Verfassung von besonderen Vertretern gewählt. Auf je 20 000 Einwohner entfällt ein Wahlmann. Nach dem Erlaß sind im ganzen Lande 118 Wahlmänner vorgesehen. Die Veröffentlichung des Wahlgesetzes hat bei den Oppositionsparteien einen Entrüstungssturm hervorgerufen. Alle Parteien versuchen bei der Regierung die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen zu erhalten, aber diese Genehmigung können sie bis zum 2. Dezember nicht mehr bekommen, da es 14 Tage dauern würde, bis eine Genehmigung erteilt wird.

Französischer Kredit für Polen

U. Warschau, 26. November.

Wie in gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, hat Außenminister Jakseli während seines Aufenthaltes in Paris, offenbar nicht ohne tatkräftige Unterstützung des französischen Finanzministers J. L. L. einen Anleihevertrag abgeschlossen. Die Anleihe in Höhe von 200 Millionen Frank (rund 70 Millionen Reich) soll demnächst in Form eines Bankkredits von der Bank von Frankreich an die Bank Polska überwiesen werden. Dieser Bankkredit soll, wie es heißt, u. a. auch den Zweck haben, der Bank Polska die Kreditkontierung von Sowjetwechseln in Polen zu ermöglichen. Die Anleihe wird von politischen Wirtschaftskreisen als Unterstützung für die sowjetrussisch-polnischen Verhandlungen, die augenblicklich im Gange zu sein scheinen, begrüßt.

der Bank von Frankreich an die Bank Polska überwiesen werden. Dieser Bankkredit soll, wie es heißt, u. a. auch den Zweck haben, der Bank Polska die Kreditkontierung von Sowjetwechseln in Polen zu ermöglichen. Die Anleihe wird von politischen Wirtschaftskreisen als Unterstützung für die sowjetrussisch-polnischen Verhandlungen, die augenblicklich im Gange zu sein scheinen, begrüßt.

Volkszeitungsleser! Parteigenossen!

Nehmen Sie täglich Einblick in den Inseratenteil Ihres Blattes und berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen, Besuchen von Gastwirtschaften und Kinos zuerst die Inseraten Ihrer Zeitung. Die Geschäftsleute, die bei uns nicht inserieren, wollen wahrscheinlich auch an den Leser der Volkszeitung nichts verkaufen.

Neuwahlen in Australien

ÖSD London, 27. November.

Das australische Parlament ist nach dem Sturz der Regierung am Donnerstag aufgelöst worden. Die Neuwahlen wurden auf den 19. Dezember festgesetzt.

Über 6 Millionen Arbeitslose in USA

ÖSD New York, 27. November.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund beziffert die Arbeitslosen im Oktober auf rund sechs Millionen. Von den Mitgliedern der Gewerkschaften sind 20 Prozent arbeitslos.

Aus der Lügenwertstatt der KPD.

Partei-propaganda mit Kinderleichen.

Die KPD kann ohne Lüge nicht leben. Sie getraut sich offenbar nicht einmal eine Berichtigung zustande zu bringen, ohne die Einladung dazu mit sensationellen Lügen zu spicken. Gegenwärtig verbreiten kommunistische Funktionäre in Schönefeld ein Flugblatt, in dem die folgende Behauptung enthalten ist:

Am Donnerstag der vergangenen Woche ist an der 22. Volksschule ein Schulkind infolge mangelhafter Inlandhaltung der Heizung durch ausströmende Gase bewußtlos umgefallen. Am Montag ist auf Grund dessen dieses Kind im Krankenhaus verstorben.

In dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Das ein Schulkind stirbt, muß man leider oft erleben. Aber in der vergangenen Woche sowie überhaupt in den letzten Wochen und Monaten ist ein Todesfall an der 22. Volksschule nicht vorgekommen.

Der letzte Todesfall an der 22. Volksschule ereignete sich, wie uns auf Nachfrage mitgeteilt wurde, am 16. Juni. Aber auch dieser Fall hat mit Gasausströmen oder mit irgendwelchem anderen Schulkind nicht das geringste zu tun. Gestorben kann es in der 22. Volksschule überhaupt nicht geben, weil diese Schule weder Gasheizung noch Gasbeleuchtung hat, auch eine Schulküche, in der Gas gebrannt wird, nicht unterhält. Es sind an der Schule einige Diphtheriefälle vorgekommen, die zur Schließung einer Klasse geführt haben. Die Schwester eines der Volksschüler der 22. Volksschule, die aber selbst die 22. Volksschule gar nicht besucht, ist verstorben. Offenbar ist dieser Fall von den KPD-Leuten verdrängt. Sie hätten sich leicht davon überzeugen können, da dieselbe Behauptung schon am Montag von der SAJ aufgestellt und öffentlich als unrichtig bezeichnet wurde. Jedenfalls ist, wie uns Schulleitung und Schulfunktionäre an der ganzen Behauptung des Flugblattes sowohl wie der SAJ nicht ein Wort, das den Tatsachen entspricht.

„Der Zusammenbruch der Welt! Wie es kam!“

Die letzten Vorfürhrungen mit diesem Film finden statt: Sonnabend, 28. November, in Zweinaundorf, Gasthof, 20 Uhr, Sonnabend, 29. Nov., in Probstheida, Turnerheim, 20.30 Uhr, Sonntag, 29. Nov., in Cröbern, Sport- und Kulturheim, 20 Uhr, Sonntag, 29. November, in Großdeuben, Gute Quelle, 20 Uhr.

Aus der Geschäftswelt

Wohnwagen steht vor der Tür. Nichts liegt näher, als die Tage der Vorbereitung durch künftigen Abenteuerlust zu verbringen. Diesen Schmutz in ungeliebten Kombinationen von einfachen Strauß bis zu den feinsten Gesellschaftsbeschlüssen auszuführen, ist der Ruf der altrenommierten Firma J. C. G. & Co. deren Kräfte jetzt im Auslande Bewunderung erregen und besonders in der Abenteurerwelt eine Augenweide sind. Neben diesen Vorzügen hat die Firma G. & Co. weitläufigste nebelige Preise angelegt.

Wegen vollständiger Aufgabe des Geschäftes
Total-AUSVERKAUF
Verblüffend billige Preise zum Teil **50%** und **herabgesetzt** bis zu **weit mehr**
Jetzt seltene Gelegenheit — Ihren Weihnachtbedarf zu decken
Aus der enormen Auswahl der Angebote nur einige Beispiele:
Uberschuhe für Damen von 1.95 an **95** an für Kinder von 1.00 an
Spangenschuhe für Damen, in verschiedener Ausführung und Größe von 3.90 an
Auch Herrenstiefel, Sport-, Schaff- und Reittafel-, Kinderstiefel, Damen- und Kinder-Kragenstiefel, Kamelhaar- und Filzschuhe ebenfalls sehr billig
Schuhhaus IDEAL G. m. b. H. Leipzig
Windmühlenstraße 8-12 • neben Restaurant Weißer Hirsch

HORN Billige Spirituosen!
Zum Teel Zum Grog!
empfehle ich:
Jamaika-Rum-Verschnitt, 38% 1.05
Flasche 3.10 1/2 Flasche
Deutscher Weinbrand, 38% 2.05
Flasche 3.60 1/2 Flasche
Jamaika-Rum-Verschnitt, 38% 2.15
Flasche 3.90 1/2 Flasche
Arrak-Verschnitt I, 38% 2.15
Flasche 3.90 1/2 Flasche
Deutscher Weinbrand-Verschnitt, 38% 1.75
Flasche 2.95 1/2 Flasche
Deutscher Weinbrand „Edelmarke“, 38% 2.75
Flasche 6.— 1/2 Flasche
Stetliche Preise einschl. Flasche
Wilhelm Horn
Leipzig 5 3, Arndtstraße 33
Filialen in allen Städten!

Zwecks Einführung! Ausnahmeverkauf von 5000 Zentner Lebkuchen!
Volkshaus - Fleischerei
Jeden Tag in Qualität **frische hausgeschlachtene Würst**
Verkauf auch über die Straße

Sonder-Verkauf!!! In Verbindung
Morgen letzter Tag **1 Polster Lagerware, zum Teil leicht beschädigt**
Kinder-, Klapp- und Wappwagen, fabelhaft billige Preise
Enke, Leipzig, Elsterstraße 9
mit der Arbeiterschaft bringt Sie Ihr Inserat in der **Leipziger Volkszeitung**

Großhandelspreise für Private
Schweizer Werke:
Echt Silber, 800 gestempelt . . . 5.00
Gold-Doppel, 5 Jahre Garantie . . . 6.00
Echt Gold, 585 gestempelt . . . 9.50
Herrn-Armband-Uhren:
Echt Silber, 800 gestempelt . . . 6.50
Deutsche Taschenuhr, Anker . . . 2.00
Taschenuhr, echt Silber, 800 . . . 7.50
Ferner vorzüglich geprüfte **Qualitäts-Marken-Uhren**
Mutha und Muges-Präzision
Vorteile bis 30%
300 Muster — 15-250 Mark
Katalog gratis
Für jede Uhr schriftliche Garantie
Uhrenhaus Präzision
Versand G. m. b. H.
Leipzig, Neumarkt 24
Verkaufsstellen:
Dresden, Amalienstraße 13
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 63
Magdeburg, Breiter Weg 38
Hannover, Bahnhofstraße 67
Breslau, Schweidnitzer Straße 54
Direkter Versand an Privat!

LEIPZIG TRÄGT HOLLENKAMP-ULSTER
Beachten Sie die **5 Spezialfenster auf dem Brühl** u. die **4 Spezialfenster unserer Filiale Lindenau**
Vom 20. Nov. bis 1. Dezember **übertreffen wir uns selbst.**
An diesen **10 ULSTER-TAGEN**
bringen wir vier Preislagen, vier Bombenschlager und vier Spitzen-Qualitäten!
29 49 69 89
MARK MARK MARK MARK
Mehr wollen wir Ihnen nicht sagen. Kommen Sie und überzeugen Sie sich!
Hollenkamp
LEIPZIG / BRÜHL UND LINDENAU

Infer Kaffee
wird tägl. frisch geröstet u. in Sonderwagen unseren Verteilungshallen zugestellt
Kaffee extra 1/4 Pfund **1.00**
herborragend feine Costarica, Guatemala, Mexiko, Maragoggepflanzung
Kaffee I 1/4 Pfund **0.85**
hochfeine Costarica, Guatemala, Mexiko, Maragoggepflanzung
Kaffee II 1/4 Pfund **0.75**
hochfeine Guatemala, Santosmischung
Zerner führen toll
Kaffee III 1/4 Pfund **0.60**
guter Hauskaffee
Kaffee IV 1/4 Pfund **0.48**
preiswert und ergiebig, besonders zur Mischung mit Malz- und Renkaffee geeignet
Konsumverein
Leipzig-Blagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.
Abgabe nur an Mitglieder
Bitte grüne Aufwieskarte mitbringen

Damen-Sohlen 2.— Mk.
Herrn-Sohlen, alles Korn 3.— Mk.
genäht, rekelt 50 Pfennig mehr
Turnerstr. 23 Nähe Liebigstr.

DIE SCHAFFENDE FRAU

Leipziger Volkszeitung Nr. 276
Freitag, den 27. November 1931

Geburtenregelung

Von Dr. Otto Popitz, Leipzig.

So sehr auch die Frage der Geburtenregelung von den Bevölkerungspolitikern umstritten wird, so ist doch festzustellen, daß sie, einmal aufgerollt, nicht mehr verschwinden wird. Von den verschiedensten Seiten her steht sich die Wissenschaft gemüht, den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen. Der Mensch, nicht etwa nur die Frau, verlangt nach der Herrschaft über den natürlichen Vorgang der Fortpflanzung, so gut wie er die Herrschaft über andere natürliche Vorgänge erobert hat. Die rein mechanische Beeinflussung der Zeugungsvorgänge durch zeitweiligen Verschluss der Wege, die zur Vereinigung der Keimzellen führen, steht neben der Aufhebung des Lebens der Keime durch chemische Mittel im Vordergrund. Daneben gehen die immer mehr Erfolg versprechenden Anwendungen der Ergebnisse biologischer Forschungen über die Zeugungsvorgänge. Dabei spielen Erscheinungen der Absonderung von bestimmten, die Befruchtung hemmenden Stoffen der Keimdrüsen und anderer mit dem Geschlechtsleben in Zusammenhang stehender Drüsen, die ihre Erzeugnisse dem Säftestrom des Körpers unmittelbar zuführen, wie etwa die erbsengroße Hirnanhangsdrüse, eine bedeutame Rolle. Diese Stoffe, als Boten-gänger „Hormone“ bezeichnet, sind zum Teil schon in Gemisch reiner Form hergestellt und finden ihre zielsthere Verwendung. Aber auch die genaue Untersuchung über die Verhältnisse der Reifung und der Vereinigung der weiblichen und männlichen Geschlechtszellen haben zu Ergebnissen geführt, die im Sinne der Geburtenregelung verwendbar erscheinen. Regelmäßig alle vier Wochen wird ein Ei im weiblichen Eierstock befruchtungsreif und aus dem Follikelverband entlassen. Die Zeit schwankt um einige Tage je nach dem Zwischenraum zwischen den Menstruationszeiten, die 28 bis 32 Tage betragen können. Berücksichtigt man die Lebensdauer der aus dem Hoden ausgestoßenen männlichen Keimzellen, die bis vier Tage ausmacht, so ergibt sich ein Zeitraum vom achten bis zum sechzehnten Tage nach dem Eintreten der Monatsblutung, innerhalb dessen eine Befruchtung der Eizelle erfolgen kann. Das aus dem Eierstock ausgewanderte Ei bleibt nur einen bis zwei Tage befruchtungs-fähig und die Ausstößung erfolgt zwischen dem elften und fünfzehnten Tage nach Beginn der Monatsblutung.

Das würde also bedeuten, daß bei Beachtung dieser Zeit-spanne im Geschlechtsverkehr sowohl die Zeugung erwünschter Nachkommenschaft als auch die Verhinderung unerwünschter Schwangerschaften ohne jedes andere Hilfsmittel ermöglichte.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß eine hundert-prozentige Gewißheit trotz aller Sorgfalt der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten aus ihren Schlussfolgerungen nicht entnommen werden kann, weil ja im Leben des Einzelmenschen nicht starr Gesehe gelten, sondern stets biologische Einzelbedingungen auch Schwankungen in den Vorgängen zur Folge haben werden. Deshalb mag man für die Geburtenregelung nicht auf die unerschöpflichen Schutzmittel verzichten.

Mutterschutz

Eine Mahnung an alle werdenden Mütter

Von Tardp.

Else John war nicht mehr jung, als sie ihren Mann heiratete, bald 30 Jahre, und nun sind sie schon drei Jahre zusammen. Sie sind zufrieden miteinander; sie brauchen sich, wie man das tägliche Brot braucht, wie die Luft zum Atmen. Sie wissen, daß sie zusammengehören und einer mit dem anderen trägt, was zu tragen ist. Das ist nicht wenig heute, wo der Alttag den armen Menschen viel aufbürdet an Kampf, an Not, an Widerwärtigkeit und Härte. Aber sie klagen nicht; sie wissen, daß sie es noch viel besser haben als sehr viele andere um sie herum. Franz wird in seiner Stellung als Buchhalter zwar miserabel bezahlt; aber bis jetzt hat er sie doch wenigstens noch, und es scheint auch, als ob der Chef noch gar nicht ans Abbauen denkt, denn irgend jemanden braucht er ja schließlich zu den Büchern. Und Else ist auch noch immer hinter ihrer Särelösmaschine, seit ihrem fünfzehnten Lebensjahre.

Als sie heirateten, da gab's gar keine Wahl, ob sie die Stellung aufgeben sollte oder nicht. Von seinem Gehalt konnten sie bestimmt nicht leben; die Hälfte von ihrem mußte sie beitragen, und der Rest ging für die Abzahlung drauf; Wohnfläche und Schlaf-

stube; mehr sollte es ja gar nicht sein; aber auch das hat Arbeit und Zeit gekostet, bis es nun wirklich ihr eigen war. Und als sie glücklich mit der Abzahlung fertig waren, kam die große Abbauwelle und zog beiden Gehältern so viel weg, daß sie alles zusammenwerfen mußten, wenn sie einigermaßen durchkommen wollten. Immerhin reichlich es; manchmal sogar konnten sie sich einen „Luzus“ leisten, Besuch im Kino, in der Volkshöhle, deren Abonnement man bisher durchgehalten hatte.

Und doch empfand Else, daß ihre Rechnung mit dem Leben nicht stimmte. Ach ja, sie war sich ganz klar über das, was ihr fehlte; es war das Kind. Hatte sie sich nicht immer ein Kind gewünscht, schon als ganz junges Mädchen, da sie selbst noch alte Dinge mit den Augen eines wibbegierigen Kindes ansah, dem die Welt ein einziges großes Erlebnis war? Und nun war sie dreißig, und dreißig Jahre alt geworden; der tägliche Kampf hatte sie etwas müde gemacht; die Dinge um sie waren abgestaffter geworden; sie konnte sich nicht mehr so freuen wie früher, und es packte sie die Angst, daß es zu spät werden könnte. Und alles immer farblos würde, immer gleichgültiger, daß das Leben, das Erleben ihr entgleiten könnte. Da brannte der Wunsch nach dem Kinde in ihr, so stark und so rücksichtslos, daß darüber alle Vernunft in die Brüche ging. Nur die Angst war noch stärker, daß sie bald zu alt sein würde, daß es zu spät werden könnte. Und ihr Mann? Ach Gott, er verstand ja die Frau so gut, und dann — war er nicht selbst schon immer ein Rinderraz gewesen? Aber er war bedächtig. Er überlegte und fragte: Können wir denn die Verantwortung auf uns nehmen für ein Kind? Weist du auch, wie wir es großziehen werden. Doch die Frau war so besessen von ihrem Wunsch, daß alle Bedenken verstummen mußten. „Du bist kräftig, und ich arbeite ja jetzt schon, und dann werde ich eben noch mehr schaffen. Was an „Luzus“ noch ist bei uns, das wird falliert, und wenn ich im Geschäft bin, dann kommt Mutter und paßt auf. Du wirst sehen, es wird schon alles gut werden.“

Und nun wars so weit. Frau Else war schon im fünften Monat. Im Kontor merkte es ihr bis jetzt niemand an; sie arbeitete ungedrungen wie immer, wenn es ihr auch manchmal verdammt schwer fiel, sie war so müde, und essen konnte sie auch nicht richtig, weil ihr immer wieder übel wurde. Die Fahrt ins Büro und nach Hause in der überfüllten Bahn war ein Marterium. Aber sie hielt durch, kämpfte mit zusammengebißenen Zähnen; sie wußte ja, was auf dem Spiele stand, wenn sie mit ihrer Arbeit nachließ.

Die Tage vergingen. Allmählich sah man Else an, daß sie guter Hoffnung war. Der Chef sagte nichts, tat jedenfalls, als ob er nichts merkte.

Nun waren es nur noch einige Wochen, bis Elses schwere Stunde kam; aber gerade das letzte Stück war bei ihr das schwerste. Was ihr in den ganzen Monaten noch nicht passiert war — in der Elektrischen wurde sie ohnmächtig und kam zu spät ins Geschäft. Und hier war ihr so wie im Kopf, tanzen die Buchstaben so wild vor ihr, daß sie nicht weiter dem Diktat folgen konnte. Sie mußte sich entschuldigen und nach Hause gehen. Als sie nach ein paar Tagen die gleiche Sache wiederholte, da fing der Chef an zu reden. „Ja, sehen Sie, Frau John, ich weiß ja, daß Sie sich sehr zusammenreißen, und ich habe auch allen Respekt vor Ihnen (vielleicht dachte er in diesem Augenblick an seine eigene Frau, die während ihrer Schwangerschaft das ganze Haus rebellisch gemacht hatte mit ihren Launen und mit ihrer Angst) — aber ich kann Sie beim besten Willen nicht halten. Ich brauche jemanden, der voll leistungsfähig ist.“ — Ja, ja, das wußte Else selber, daß der Mensch „voll leistungsfähig“ sein mußte, um mit der Maschine zu kämpfen. Es war ja nur die Schreidmaschine, aber sie war der Riese, der Tag für Tag, Stunde für Stunde an den Kräften zehrte, sie allmählich ausbrauchte, bis eine neue Kraft eingeseht werden mußte. Das war das allgemeine Los des Arbeiters; aber gerade ihr durfte das jetzt nicht passieren. Was sollte denn werden aus ihr, aus ihrem Manne und — dem Kinde, wenn sie jetzt plötzlich ihre Stellung verlor, wo sie in ihrem Zustande sich nicht einmal nach etwas anderem umsehen konnte? — Aber die Maschine, war die nicht anspruchsvoll, forderte sie nicht eine neue Kraft, und mußte sich der Chef dem Diktat nicht fügen? Frau Else fühlte sich so schwach, so elend; nur jetzt sah lang legen können, an nichts mehr denken, nur raus hier aus dieser Luft, die sie beengte!

Als sie dann zu Hause war und ihr Mann von der Arbeit kam, war sie schon wieder so gefaßt, daß sie ihm alles erzählen konnte. Und doch hatte sie solche Angst vor diesem Augenblick: Vorwürfe würde er ihr ja nicht machen. Aber die verorgten Augen und das gewundene Lächeln, das sie darüber hinwegtäuschen sollte, das fürchtete sie mehr noch als alles andere.

Aber was war das? Franz blieb ganz gleichgültig, zog weiter erst mal an seiner Pfeife und sagte dann: „Das ist schon ein richtiges Kreuz mit euch Frauen. Ihr laßt euch zu leicht ins Booshaar jagen, weil ihr euch zu wenig um eure gefehligen Rechte kümmert. Da ist beispielsweise das

Mutterschutzgesetz, das so oft übertreten wird wie kaum ein anderes Gesetz. Warum? Weil eure Chefs an seiner Befolgung nicht interessiert sind. Und ihr wüßt eben nichts davon und könnt euch daher nicht darauf berufen.“

Aber nun hab ich dich genug abgekanzelt und will dir jetzt sagen, was los ist. Also:

Jedes Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung darf keiner Frau die Stellung gekündigt werden.

Kündigt der Chef dennoch, so hat die gekündigte Frau natürlich Anspruch auf das volle Gehalt für die zwölf Wochen und dann noch darüber hinaus für die Tage zwischen der Kündigung und der Entlassung. Wenn die Frauen vor diesem Rechte nur Gebrauch machen würden, dann würden sich die Chefs es sich schon überlegen, die Kündigung auszusprechen. Die Frauen, die nicht entlassen werden, haben im übrigen sechs Monate lang nach der Entbindung das Recht, täglich eine Stillpause zu fordern; sie können auch eine Arbeit über acht Stunden ablehnen.

Also ganz so wehrlos seid ihr werdenden Mütter denn doch nicht. Ihr müßt nur von euren Rechten zeitigen Gebrauch machen.

Selbstverständlich gilt der eben besprochene Schutz des Gesetzes nicht allein der ehelichen, sondern in gleichem Umfange auch der unehelichen Mutter. Leider hat es sich sehr oft gezeigt, daß gerade die unehelichten Mütter in Rechtsfragen besonders unerfahren sind und deshalb häufig um das Recht, das ihnen nach dem Mutterschutzgesetz zusteht, gebracht werden. Daher tut Aufklärung bitter not.“

Verjüngungskunst von Zarathustra bis Steinach. Neue Wege der Verjüngung durch Ultraviolett-Bestrahlung und Innengygiene.

Von Dr. K. von Borosini. 4. Auflage. 88 Seiten. Preis geb. 2,50 Mark, geb. 3,25 Mark. Verlag Emil Pahl in Dresden.

Der Name des Verfassers hat in Kreisen, die sich mit Körper- und Lebenspflege befassen, einen guten Klang. Im vorliegenden Buch bringt er alte Erfahrungswisheiten über Lebensgestaltung in Einklang mit den Forderungen neuzeitlicher wissenschaftlicher Forschung. Vorzeitiges Sterben und vorzeitiges Altern können nach seinen Ausführungen auf natürlichem Wege beseitigt werden. Jugendliche Kräfte und Leistungsfähigkeit kann nicht nur bis in ein höchstes Alter erhalten bleiben, sondern auch im Alter wiedergewonnen werden, wenn man die einfachen Lebensregeln und die naturgemäßen Hilfsmittel beachtet, die Borosini empfiehlt. Diätetik, aber nicht nur als Speiseregel, sondern als Regelung der ganzen Lebensweise, entsprechend ursprünglichen Begriff des griechischen Wortes „Luft“, Sonnenlicht und körperliche Betätigung sind ihm die wesentlichsten Hilfsmittel für sein Ziel; alles Mittel, die schon im nebel-grauen Altertum als Lebensregeln aufgestellt worden sind. Die neuzeitlichen Erfahrungen über die innigen Zusammenhänge der Leistungen der Körperorgane und ihre Beeinflussung durch äußere und innere Maßnahmen fügt er dem alten Weisstum hinzu und zeigt damit ausfahrtsreiche Wege, die Gebrechen des Alters zu beseitigen. Die Darmpflege nach indischem Vorbild geleitet sich zur naturgemäßen Ernährung und die Beachtung der Pflege der Geschlechtsdrüsen als Verjüngungsquellen wird zum K und O seiner Verjüngungsmethode. Das Darmbad und die Wirkungstherapie, Wärme, Licht und Ultraviolettstrahlen der künstlichen Höhen-sonne werden in den Dienst des Kampfes gegen das Verfallen der Leistungen im vorrückenden Alter gestellt. In der heutigen Zeit verlangt man ja eine gesteigerte Leistung nach Menge und Beschaffenheit vom Körper und Hirn, muß aber auch den stärksten Verschleiß mit in Kauf nehmen. Borosinis Anleitungen sind wertvolle Wegweiser, mehr aus dem lebenden Organismus herauszuholen, nicht nur für einmalige Spitzenleistung, sondern für gleichmäßige Dauerleistungen, so daß mit vollem Rechte von Wegen zur Verjüngung gesprochen werden kann. Wenn daran gelegen ist, sich und andere jung zu erhalten, dem kann das Buch empfohlen werden, aber nicht nur zum Lesen, sondern erst recht zum Befolgen der Ratsschläge.

Dr. D. Popitz.

Die städtische Eheberatungs-Stelle
hält freitags, von 17.30 bis 18.30 Uhr, im Hofeisen, Rathausring 7, Sprechstunde ab
Männer und Frauen erhalten dort unentgeltlich Auskunft u. Rat in allen Fragen, die das Geschlechts- und Eheleben betreffen.
Frauen! Mädchen! besucht diese Beratungsstelle, die ihren Ausbau der Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion verdankt!

DAS S&F-SPARBUCH - eine gute Weihnachts-Sparkasse

SONDER-ANGEBOT
nur bis einschließlich Montag, den 30. November

Weißbohnen 3 Pfd. 40

Kaßler Rippenpeer 110

la junge Suppenhühner 95

Gekochter Schinken 35

Plockwurst 30

Zervelatwurst 38

Fetter Speck 25

Schnittbohnen 48

Gemischtes Gemüse 75

Leipziger Allerlei 84

Gemüse-Erbson 62

Junge Erbson 75

Vor Weihnachten wollen Sie sicher Ihr Sparbuch schneller gefüllt haben. Wir helfen Ihnen dazu:
Sie erhalten in den S & F-Fillialen:

Von Freitag den 27. bis einschl. Montag den 30. November

DOPPELTE SPARMARKEN

Für je 20 Pfg. gibt es während dieser Ausnahmetage **2 S & F-Sparmarken!**

Benutzen Sie diese Gelegenheit!

Für jedes volle S & F-Sparbuch wie immer **5 M. in bar**

Preiswerte Backartikel

Süße Mandeln 128

Bittere Mandeln 130

Haselnußkerne 130

Sultaninen 60

Korinthen 60

Citronat 98

S & F-Vollmilch 50

Schmelzmargarine 60

S & F-Weizenmehl 24

S & F-Magnetmehl 30

Süße Sachen

Vollmilch-Schokolade 19

Erdnuß-Schokolade 17

Staniol-Pralinen 39

Mürbgebäck 29

Pfeffernußmischung 36

Rosinenbrot 25

Butter billiger!
1/2 Pfd. 80 77 72 68 63

SCHADE & FÜLLGRABE

5% Rückvergütung

Frankfurt a.M.

5% Rückvergütung



Feuchtmild im Westen, Frost im Osten

Die Witterung war während der vergangenen acht Tage in Mitteleuropa nicht einheitlich. Die Entwicklung ins Winterliche kam nur in Ostdeutschland und in einem Teil von Mitteldeutschland zur Auswirkung.

Wenn trotz der anhaltenden Landwinde aus nordöstlicher bis südöstlicher Richtung eine schärfere Abkühlung nicht erfolgte, so war das in erster Linie auf das Fehlen einer Schneedecke zurückzuführen.

Erst um die Mitte der Woche, nachdem das zeitweilig 780 Millimeter Luftdruck erreichende osteuropäische Hochdruckgebiet unter Zerfallerscheinungen ostwärts zurückwich, begann die atlantische Westwindstimmung in den Kontinent einzudringen.

Nachdem neuerdings sowohl in Nordandinavien wie im Innern Russlands verbreitete Schneefälle festgestellt wurden, sind die Temperaturen in Zentralrussland bis auf 8 Grad unter Null gesunken.

Christliches Fleischerhandwerk

„Ich möchte gern Fleischer werden, kann es aber leider nicht, da ich nicht konfirmiert werde“, so schrieb vor kurzem ein Leipziger Volksschüler in einem Aufsatz.

Man muß sich über die Einstellung der Leipziger Fleischer um so mehr wundern, als man von praktischen christlichen Handwerkerkreisen noch recht wenig gehört hat.

Wie traurig muß es um ein Christentum bestellt sein, das gezwungen ist, sich mit berartigen Mitteln zu erhalten!

Neue Telegrammschmuckblätter

Die Pressenachrichtensstelle der Oberpostdirektion Leipzig teilt mit, daß für Glückwunschtelegramme mit lebendem Text, die zu sehr verbilligtem Satze befördert werden, neue Schmuckblätter angefertigt worden sind.

Volkshochschule Leipzig. Für den Film „Die grüne Hölle“ sind noch einige Karten zu haben. Er läuft am 29. November.

Leipziger Siedler in Not! Stadtrat Genosse Freytag spricht in einer Siedlerkundgebung — Der kommunistische Stadtverordnete Schmidt als Verleumder bezeichnet

Die allgemeine Notlage und eine Reihe von verantwortungslos-demagogischen Mährern hatte die Ortsgruppe Mariental des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes veranlaßt, für Donnerstag eine öffentliche Siedlerversammlung ins „Märchenhäuschen“ einzuberufen.

Im Oktober hat der Siedlerverband eine Reihe von Forderungen an den Leipziger Rat gerichtet. Von anderer Seite wurde behauptet, daß der Rat mit dem Erbauungs-„Bodenwucher“ treibt.

Durch die Senkung der Realsteuern, die im Landtag gegen die SPD beschloffen wurde, sind der Stadt Leipzig Kassenbeträge entgangen, die zu einer wesentlichen Erleichterung der Lasten der 20 000 Neubauwähler und Neubausiedler hätten verwendet werden können.

Weiter wird verlangt, daß auf die Tilgung der Erbbauhypotheken verzichtet werden soll. Was sollten dann aber die Sparkassen machen, die mit diesen Rückflüssen bestimmt rechnen müssen?

Welche Möglichkeiten der Hilfe sind vorhanden? Nehmen wir an, daß das Reich einige hundert Millionen Mark zur

Verfügung stellte, ähnlich wie es von ihm für die deutschen Großbanken geschehen ist. Man könnte damit sehr viel im Interesse der Mieter und Siedler unternehmen!

Leider besteht wenig Aussicht, daß eine einzelne Gemeinde etwas Entscheidendes unternehmen kann. Die Lasten der Wohlfahrtsverbandslosgeldversicherung machen es neben vielen anderen Aufgaben den Kommunen unmöglich, weitere Hilfsmaßnahmen durchzuführen.

In der folgenden Aussprache brachten verschiedene Siedler die allgemeine Erbitterung der Siedler zum Ausdruck. Dann kam der kommunistische Stadtverordnete Schmidt zu Wort, der, weil ohne jede Sachkenntnis und ganz unvorbereitet, törichte Behauptungen machte, zum Schluß aber die unverschämte, verlogene Behauptung aufstellte, Genosse Freytag hätte die Verlogierung von 11 000 sächsischen Mietern angebroht!

Stadtrat Genosse Freytag stellte dann richtig, daß es im Referat nicht seine Aufgabe gewesen sei, jemanden blauen Dunst vorzumachen, auch nicht im einzelnen über die Berechtigung der einzelnen Forderungen zu sprechen, sondern vielmehr klar darzulegen, wo die Stadt und wo andere Stellen helfen können und wo nicht.

Der Stadtverordnete Schmidt hat mit seiner Behauptung, Stadtrat Freytag wolle 11 000 Mieter auf die Straße setzen, einen wilden Schwindel verbreitet. Es handelt sich hier um eine ungeheure Verleumdung! Warum hat Herr Schmidt nicht den Mut gehabt, diese Behauptung im Stadtverordnetenkollegium anzustellen?

Die SPD hat im Leipziger Stadtverordnetenkollegium 1924 durch den Mund Daxefers erklärt, daß sie keinen Pfennig den Siedlern zubilligen wolle.

Stadtrat Genosse Stürz konstatierte, daß er schon vor drei Wochen die Verbreiter der Verleumdungen um den Genossen Freytag zur Rede gestellt hätte. Dann untersuchte Genosse Stürz eine Reihe von Möglichkeiten, den bedrängten Siedlern zu helfen.

Nachdem noch eine Reihe von Siedlern die allgemeine Not geschildert und ihren schweren Herzen Luft gemacht hatten, ergriff Genosse Freytag zum Schluß noch einmal das Wort, um eine Reihe von Aufklärungen zu geben.

Es ist zu hoffen, daß die Versammlung durch die sachlichen Darlegungen und trotz mancher Demagogie das Ergebnis hat, daß die Öffentlichkeit über den Umfang der Siedlernot voll informiert wird, daß aber auch die Siedler erkennen, mit welchem Verantwortungsgefühl der zuständige Dezernent den Dingen gegenübersteht. Geholfen, wirklich geholfen, kann den Siedlern aber nur vom Reich werden!

Vier neue Konsumverteilungsstellen

Immer drücker wird das Reich der Verteilungsstellen der Leipziger Verbraucherorganisation. Um den Mitgliedern den Weg zur Verteilungsstelle abzukürzen, werden in den nächsten Tagen wieder neue Räumlichkeiten vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz in Betrieb genommen.

Kirchenbeamter nach Unterschlagung flüchtig

Nach Unterschlagung von 2725 Mark zum Nachteil der Kirchengemeinde Leipzig-Pausdorf ist seit dem 10. November flüchtig der Verwaltungsassistent Richard Fritz Dorn, geboren am 16. März 1905 in Leipzig.

zur Ermittlung seines Aufenthalts werden an das Polizeipräsidium, Kriminalamt, erbeten.

Elternabende

6., 7. und 8. Volksschule: Elternabend am Montag, 30. November, 20 Uhr, im Schulkolleg der 6. Volksschule. Thema: Die Auswirkungen der Notverordnung auf unser Schulwesen.

20. Volksschule: Elternabend Montag, 30. November, 19.30 Uhr. 1. Die Ziele der Höheren Berufsschule; 2. Wie leidet die Volksschule unter der Notverordnung?

D. Betriebsunfall. In einem Fahrstuhl geriet am Donnerstag der Jahre alte Arbeiter Hans Kaitzen zwischen Fahrabstige und der Aussteigschwelle. Er zog sich schwere Quetschungen am Fuße und an den Händen zu und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Handelshochschule Leipzig. Dienstag, 1. Dezember 1931, 20.30 Uhr, spricht im Hörsaal I, Herr Dr. Hoch, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Dresden, über „Wirtschaftliche Auswirkungen der Friedensverträge“.

Advertisement for GEBR. MANES clothing. Features a large illustration of a hand holding a piece of fabric. Text includes: 'Wir legen die Hand in's Feuer für Sitz, Paßform und Tragfähigkeit jedes Manes-Mantels u. jedes Manes-Anzugs'. Lists various clothing items and prices: Ulster- und Tailen-Paletots 1950, Herren-Anzüge 16.-, Herren-Anzüge 1- und 2reihig 1950, Anzüge, beste Verarbeitung 47.-, Herren-Paletots m. Samtkrag 29.-.

Reichsstraße 11 • LEIPZIG • Ecke Salzgäßchen

Wir empfehlen Käse
als schmackhaften und guten Brotbelag

Hochfeiner Schweizer-Käse	¼ Pfund	0,32
Prima Emmentaler Käse vollfett	¼ Pfund	0,19
Altgäuer Limburger Käse	¼ Pfund	0,15
GG-Block-Käse fein und festfertig	½ Pfund	0,40
GG-Camembert-Käse	Stück	0,30

Konsumverein
Leipzig-Plagwitz u. Umg. e. G. m. b. H.
Abgabe nur an Mitglieder
Bitte Ausweis mitbringen

Diverses

Haarschneiden
bill. u. gut. Für Erwerbslose, Klein- u. Sozialrentn. u. Pensionäre extra billig.
Frisour Lauch, Sternwartenstr. 20, neb. Ede Mühlb. St.

Haarschneiben
40 Wfa. Rastern 15 Wfa. ab 1. Dezember in der Bismarckstraße 168z

Vermietungen

Reine zweifelhafte Stube vermietet Spittastraße 1. II. I.

Wohnungen

1 bis 2 leere Zimmer
von jungem Ehepaar für 1. Dezember gesucht. Offerten mit Preis-Angebot bitte Leuch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ordnungsverein Leipzig
Tel. 11281, Geschäftsstellen Leipzig, Gellertstraße 7/9

Wir erinnern an dieser Stelle nochmals an das am Sonntag, dem 28. November 1931, stattfindende

große Herbstfest

im Elstertal, Schleißa. Einlaß 18 Uhr, Beginn 19 Uhr. Eintritt 50 Wfa. Erwerblos an der Kasse gegen Ausweis 20 Wfa. Zu erreichen durch Straßenbahnlinie 1, 5, 8 und Autobuslinie A.

Auf Teilzahlung

1/6 Anzahlung Rest in 6-10 Monatsrat

oder 24 bis 40 Wochenraten

Damenkonfektion Herrenkonfektion Kinderkonfektion Rauchjacks, Morgenröcke, Trikotas, Textilwaren aller Art

Teppiche, Gardinen Laufferstoffe, Decken

Seit 44 Jahren

Mucks

Kurprinzstr. 13 Schweibitz gegenüber dem Emelka-Palast

Unsere Butter-Qualitäten stehen sehr hoch!
Das weiß unsere Kundschaft

Unsere Butter-Preise stehen sehr niedrig!
Das erweist unsere Kundschaft

Allerfeinste Schlesw.-Holst. Marken-Butter Pfd. 1,40
Feinste Molkerei-Butter Pfd. 1,36
Gute Molkerei-Butter Pfd. 1,20
Unsere Teebutter Eine Klasse für sich Pfd. 1,44

„Flamanta“-Margarine ges. gesch. Eine Qualitätsleistung Pfd. nur 80

Auf alle Waren unsern bekannten Rabatt

Butter Groß-Handlung Hammonia

Größtes Butter- u. Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands
Verkaufsstellen Leipzig:
Reichsstraße 18 — Tauchaer Straße 3

Familien-Nachrichten

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 26. November 1931 verschied nach kurzem Krankenlager für uns unerwartet im 45. Lebensjahre meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Leixering geb. Schulz

Leipzig W 34, den 26. November 1931
Anton-Zickmantel-Straße 3
In tiefer Trauer
Georg Leixering und Kinder
im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Einäscherungsfeier Montag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr, Hauptkapelle, Südfriedhof
Blumenspenden werden dankend abgelehnt

Hallo!

hier steckt etwas dahinter

Durch einen glücklichen Zufall im Einkauf kann unsere Abteilung für Herrenkleidung mit einem Angebot aufwarten, das diesmal ganz außer der Reihe tanzt. Sie werden eine Auswahl jeder Art Herrenkleidung vorfinden, deren Preise allen regulären kaufmännischen Möglichkeiten spotten. Moderne Anzüge, Winter-Ulster, Smokings, fesche Sportkleidung - kurz - alles ist dabei und zum großen Teil in hochwertigen Qualitäten. Eine Gelegenheit, die einzig dasteht und wir so leicht nicht wieder bieten können.

<p align="center">Gruppe 1:</p> <p>Winter-Ulster und Paletots Sport-Anzüge Sacco-Anzüge farbig und blau</p> <p align="center">14.50</p>	<p align="center">Gruppe 4:</p> <p>Ulster, Paletots und Smokings Sport-Anzüge Sacco-Anzüge farbig, blau und schwarz</p> <p align="center">34.50</p>
<p align="center">Gruppe 2:</p> <p>Winter-Ulster und Paletots Sport-Anzüge Sacco-Anzüge farbig und blau</p> <p align="center">24.50</p>	<p align="center">Gruppe 5:</p> <p>Ulster, Paletots und Smokings Sport-Anzüge Sacco-Anzüge farbig, blau und schwarz</p> <p align="center">44.50</p>
<p align="center">Gruppe 3:</p> <p>Winter-Ulster und Paletots Sport-Anzüge Sacco-Anzüge farbig, blau und schwarz</p> <p align="center">28.50</p>	<p align="center">2 Gruppen:</p> <p>Jünglings-Mäntel Jünglings-Anzüge zweireihige Form . . . 18,50</p> <p align="center">14.50</p>

ALTHOFF

Reizvoller Advents-Schmuck




Adventskränze mit roten Tischständer **4,25**

Adventsblümchen in allen Größen . . . von **1,50** an

Majolikschalen mit Kerze und Adventschmuck **0,75**

Echte Rosenthalkele mit Kerze und Adventschmuck **1,-**

Rosenthalschalen oval, gef. mit Bändern u. Kerzen, schönster Tafelschmuck . . . von **2,50** an

Advents-Tannen-Leuchter in verschiedenen Ausführungen von **1,25** an

Advents-Sträuße sehr wirkungsvoll, mit Ilex, Mistel, Glückspilz und Stern . . . von **0,50** an

Advents-Kränze zum Aufhängen, auch Tischkränze von **2,50** an

Gewachsene Tannen mit Rauhreif und Kerze von **2,-** an

Duftende Edeltanne Bund **0,25**

Zum Postversand fertig: **Adventgrüße** mit echter Rosenthalvase, Kerze und Schmuck, mit Mimosenzweig, inkl. Porto und Verpackung **Mk. 2,-**

Adventstannenleuchter inkl. Porto und Verpackung **Mk. 2,-**

Alle weiteren Arrangements werden, dem persönlichen Geschmack des Kunden entsprechend, von fachmännlicher Hand zusammengestellt

Überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Reichhaltigkeit meiner Adventsaustellung

Grimmische Str. 29 Petersstraße 44 **J. C. Hanisch** **Hauptbahnhof-West** Sammel-Nr. 70156

Verwand und Blumenspenden-Vermittlung nach allen Orten des In- und Auslandes unter Garantie tadelloser Ankunft

Verordnenstiftung in Reucha

In einem Antrage auf Pachtung einer kleinen Parzelle am Wasserwerk wird stattgegeben. Der Anschlag an einen Revisionenverband wird vollzogen gegen die Stimmen der RVD. Stichhaltige Gründe vermochten sie nicht anzugeben. Der Bürgermeister berichtet über die im Laufe dieses Jahres ausgeführten Straßenbauarbeiten. Die Reuanlegung der verlängerten Bahnhofstraße und die Belegung eines Teiles der Dorfstraße mit Kleinpflaster verursachten ungefähr 55 000 Mark Kosten. Diese Arbeiten waren nur als Notstandsarbeiten durchführbar. Für die sehr starke Arbeitslosigkeit am Orte war das eine, wenn auch geringe, Erleichterung für die dabei Beschäftigten. Wie aber kann es möglich sein, daß eine „Bankrotte“ Gemeinde — wie die damaligen bürgerlichen Gemeindevorsteher wider besseres Wissen in die Welt schrien — ein solches Projekt überhaupt durchführte? Eine sozialistische Miswirtschaft (so wurde es damals genannt), die sich so positiv zum Nutzen der Gemeinde auswirkt, kann sich die Einwohnererschaft sehr wohl gefallen lassen. Was aber sagt die Aufsichtsbehörde, die den Schwah der Bürgerlichen als wahr annahm? Uns scheint, als ob der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Man soll eben erst sein Haus sauber halten, ehe man bei anderen fegt.

Der Vereinbarung zwischen Gemeinde und Landespensionsverband in Sachen Ruhestandsversorgung des Bürgermeisters K. wird zugestimmt. Auch damit wird Herrn Di. sein Verleumdungsfeldzug unmöglich gemacht. Ein Bittgesuch der „Roten Hilfe“ verläuft der Ablehnung. Der Bürgermeister berichtet über die Errichtung eines Nothilfeauslaufes. Mag der Erfolg für die Notleidenden ein wohlthuender sein. (Die vorausgesetzte „Mehrparteilichkeit“ scheint nicht vorhanden zu sein.) Der Amtshauptmann soll wohl gar die Zuziehung bestimmter Personen und Kreise (muß der Pflaster unbedingt dabei sein, obwohl er selbst sagt, „er habe keine Zeit“) angeordnet haben. Die Aufbringung der Mittel überläßt man anderen. Befehlen und Anordnen dürfte auch billiger sein.

Borodorf. Vertreterwahl des Konsumvereins. Die RVD bemüht sich, nach Muster der Hallischen Konsumvereinsmitglieder eine Spaltung in der Vertreterwahl herbeizuführen. Die Erfolge der kommunistischen Führer der Konsumvereine von Halle, Merseburg usw. zeigen den Mitgliedern, wie sie ihre Spargelder, Rückvergütungsgelder, ja ihre ganze genossenschaftliche Organisation zum Teufel gehen lassen.

Nur wer gegen den Konsumverein ist, wählt kommunistische Vertreter. — Kein Mitglied behauptet daher die Spaltungsversammlung der kommunistischen Partei am Sonnabend in Borodorf. Wir brauchen nur Vertreter für die Interessen der Mitglieder, nicht für die Interessen der kommunistischen Partei. Darum weg mit den Spalterei der Konsumvereine! Steht fest für die Liste der Mitglieder: „Für den Konsumverein“!

Liebertowitz. Am 5. Dezember, 20 Uhr, veranstaltet im Gasthof zum Gamberinus der Bezirksauschuß für sozialistische Bildungsarbeit der SPD-Ortsgruppe Liebertowitz einen Filmabend. Es laufen die Filme „Das Kind des anderen“ und die beiden Aufmärsche der Arbeiterkassette „Olympia Wien 1934“ und „Der Aufmarsch der 160 000“. Diese beiden Demonstrationen der Arbeiterbewegung zeigen recht eindrucksvoll, welche Macht wir sind, wenn wir geschlossen zusammenstehen.

Marxfrankfurt. a Winterhilfe. Um der größten Not zu steuern, führt die „Arbeiter-Wohlfahrt“ eine Sammlung von Sach- und Geldspenden durch. Obwohl an allen Kreisen der Lohnabbau nicht schmerzlos vorübergegangen ist, muß doch versucht werden, mit dem Wenigen, was gegeben werden kann, den Ärmsten eine, wenn auch geringe, Freude zu machen. Nachstehende Helfer nehmen Spenden jeder Art dankend entgegen: Zimmermann, Krakauer Straße 25; Bezold, Südbahnstraße 10; Stange, Eisenbahnstraße 5; Kracke, Promenadenring 1; Hoffmann, Hirzelpfad 1; Radsner, Leipziger Straße 50. Arbeitsstunden der Arbeiter-Wohlfahrt finden jeden Mittwoch in der Bibliothek von 14 bis 17 Uhr statt.

Böhlen. Die Reichsbahn gibt neuerdings von Leipzig nach Böhlen-Rötha, auch von den dazwischenliegenden Haltestellen aus, Mittwochs-Sonntagsrückfahrkarten aus. Dagegen sind die Rückfahrkarten Mittwochs nicht in Böhlen und Rötha für Leipzig zu erhalten. Das wird allseitig als ein bedauerlicher Mangel empfunden. Gerade am Mittelstage der Woche ist der Verkehr von Böhlen nach Leipzig besonders stark. In diesem Tage werden mit Vorliebe Theater, Vorträge, Kurse und andere Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten aufgesucht. Wer über die länderlichen Lebensgewohnheiten hinaus am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen will, muß die Großstadt aufsuchen.

Deshalb ist es ganz unverständlich, daß die Reichsbahn nicht auch in Böhlen und Rötha Sonntagsrückfahrkarten nach Leipzig für Mittwochs ausgibt. Dringendes Bedürfnis und Berechtigung dafür ist fraglos vorhanden. Es ist begrüßenswert, daß sich die Gemeindeverwaltung wegen Erfüllung dieses Allgemeinwunsches an den Leipziger Verkehrsverein gewandt hat.

Die dankenswerte Anregung wird in der gesamten Umgebung Leipzigs, die in denselben Verhältnissen lebt, lebhaften Anklang finden. (D. Red.)

Groißsch. Jugend-, Partei-, Turn- und Gewerkschaftsessen und -genossen, kommt Sonnabend, den 28. November, 20 Uhr, ins Neue Schützenhaus, wo der Arzt Genosse Dr. Solowetschik, Leipzig, über „Sexualfragen der Jugend“ sprechen und Lichtbilder vorführen wird. Ankostenbeitrag 25 Pfennig. — Solowetschik spricht nicht nur als Arzt, sondern auch als Mensch zu uns. Wer Dr. Hoban gehört oder von ihm gelesen hat, muß auch Solowetschik hören.

Pegau. Jeder Jugend-, Partei-, Turn- und Gewerkschaftsessen und -genossen wird aufgefordert, den Lichtbildvortrag des Genossen Dr. Solowetschik, Leipzig, über „Sexualfragen der Jugend“ am Sonnabend, 28. November, 20 Uhr, im Neuen Schützenhaus, Groißsch., zu besuchen. Ankostenbeitrag 25 Pfennig.

♣ Spiel, Sport, Körperpflege ♣

Naturfreunde
Besitz. 11. Dezember Dienstagabend über Schlichtung für Interessenten und Schlichter. Beginn 20 Uhr im Volkshaus zu Leipzig. — Wo bleiben die Programme? Beschäftigung des Konsumvereins am 1. Dezember, 10 Uhr, Treffen 8.45 Uhr in Blagow, Hannenburger Straße. Karten hierzu in den Gruppen und in der Geschäftsstelle.
Wanderungen: Am 20. November von Groißschalen in den Trefenwald und nach Böhlen. Treffen Hauptbahnhof, Köhler, Abfahrt 8.21 Uhr. Sonntagsfeier Groißschalen 20 Uhr. Führung Gen. Niemanns. 8. Dezember Wanderung nach der Buchenstraße. Treffen 8.30 Uhr St. Georg. Einbittung Dnie 11 und 14 Uhr.
Jahresabschluss der Älteren Mitglieder: 27. November, 20 Uhr, im Volkshaus. Wir bringen Lichtbilder. Wer alte Aufnahmen hat, wird gebeten, diese nachmals mitzubringen.
Wellen: 1. 20. November, 20 Uhr, in der Trostburg Werben. Um rege Beteiligung wird gebeten. Jugendgruppe: 27. November Sexuelle Fragen. Photographie: 3. Dezember Silbertritt und Veranschaulich. Samstags jeden Montag von 19-21 Uhr in der Schule, Heinrichstraße, und Mittwochs von 19 bis 21 Uhr, in der Schule, Kleinschöcher, Straßendamm-Endstation 1. Wenn kein Donnerstag 20.30 Uhr im Stadtbahnhof. Auch hier können sich alle Mitglieder beteiligen.
Tanzgruppe: 5. Dezember Volkstanzabend in den Reichshallen. Sanitätslehre: 5. und 6. Dezember Gen. Wöhlich, Wurz. Geschäft: 28. November: Von Landhäusern und Kunden: 4. Dezember Hausfest. Tanz. 4. Dezember „Leben in dieser Zeit.“

Rad- und Motorradfahrer
Abteilung Kleinschöcher: Freitag, den 27. November, 20 Uhr, Soz. Arbeitsgemeinschaft im Reichshaus. Eintritt frei. Sonnabend, den 28. November, 20 Uhr, Fußballer im Kreuzschloß, Köhlerstraße. Mittwoch, den 2. Dezember, 20 Uhr, Bestimmung mit Lichtbildvortrag: Wohnformen unserer Heimat. Abteilung St. Sonntag, den 20. November, 18 Uhr, Treffen im Sportpark Ost. Lauscher Landstraße. Dienstag, den 1. Dezember, 20 Uhr, Veranschaulichung Drei Wägen. Freitag, den 4. Dezember, 20 Uhr, Bestimmung Drei Wägen. Abteilung Weitz: Freitag, den 4. Dezember, 20 Uhr, Bestimmung Stadt Altenburg. Abteilung Schönefeld: Freitag, den 4. Dezember, 20 Uhr, im Hofhof Stadtbahnhof Bestimmung mit Vortrag.

Schach.
Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Leipzig, Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Schachbundes.
Vereinsratler. Ueber den Verlauf der 4. Turnrunde ist folgendes zu berichten: Richter ließ sich in hochgemunter Stellung von Stoye mattsetzen und verpaßt damit seine Aussichten. Für die erste Kampfmannschaft. Nicht besser erging es Schops, welcher sich von Wintler überfahren ließ. Ein erbitterter Kampf spielte sich zwischen Böhle und Gerlach ab. Durch große Umhüll gelang es Gerlach, den Angriff abzuwehren und das Remis herbeizuführen. Größtenswert wäre nach des letzteren Meinung, welches Dänner gegen Waag erzielte. Ohne Verlustpunkte ließ Roth mit 4 Punkten an der Spitze. Es folgten dann an 2. bis 5. Stelle Duschewer, Müller, Schneider, Waag 3/4 Punkte, 6. bis 14. Gerlach, Mayer, Schach, Scholt, Schönefeld, Krenn, P. Kretner, Wähe, Wintler 3 Punkte, 15. und 16. Rejensleitich und Schiele 2/4 Punkte, 17. bis 19. Diebis, Knapots, Schröder 2 Punkte und je eine Hälfte. 20. bis 33. Gardi, Hanmann, Feld, Herrmann, Höller, Müll, Reithan, Krümer, Krüger, Schäfer, Schiele, Schops, Stoye, Wähe. Was den Abteilungen z. i. n. d. e. n. u.: Dienstag, den 1. Dezember, Bestimmung: Turn und entliehener Reichshaus (Gen. Waag). Freitag, den 4. Dezember, Bestimmung: P. o. b. e. i. a.: Mittwoch, den 2. Dezember, Vortrag: Angenommenes Damegamble (Gen. Dänner), C. o. n. e. w. i. g.: 3. Dezember Vortrag: SSS-37 (Genosse Rejensleitich).

Abtieten
Sonntag, den 20. November, Berichtcamp im Stamm Jugendkraft-Gasthof gegen 10.30 Uhr Gartenverein „Erholung“, Obmann Sophie. — Gesellschaftscamp im Ringen: Atlas-Wagen-Berndt-Curtis 20 Uhr Turnhalle, Wurz. — Sonnabend, den 12. Dezember, findet ein Bestkampf der Leipziger Bezirksmeisterchaft gegen den Thüringer Kreismeister Gera statt. 20 Uhr Schloßfeller, Dresden Straße. — Mittwoch, den 3. Dezember, Bezirks- und Vereinsvorsitzende-Sitzung, 20 Uhr, Kronenquell, Althaldensleben.

Freie Menschen
Sonntag, den 20. November, Gruppenabend: Musik, heitere Vorträge. — Montag, den 20. November, Jugend-Vereinsabend: Lichtbilder der Fahrt Alfred Kamp. — Mittwoch, den 2. Dezember, Gymnastik. — Freitag, den 4. Dezember, 20.30 Uhr, Rad. — Sonntag, den 6. Dezember, Geländearbeit.

Mundfunkprogramm Leipzig-Dresden

Leipzig (1157 kHz, 2,5 kW) — Dresden (941 kHz, 0,8 kW) — Weitz 210,8, Sonnabend, den 28. November.
6.30 Uhr: Junggymnastik. Anschließend Frühkonzert (Schallplatten).
12.00 Uhr: Wetterbericht, Wetterstandsmeldungen und Scherzbericht.
12.10 Uhr: Paul Whiteman und sein Orchester (Schallplatten).
12.25 Uhr: Schallplatt: Erlebnisstunde am Wochenende. Musik aus der Zeit vor 1914. Die Kammerorchester des Reichsinstituts für den Hörsinn.
13.00 Uhr: Weiterveranschaulich. Preise und Wägenbericht.
13.15 Uhr: Musikprogramm (Schallplatten).
14.15 Uhr: Erlebnisstunde des Reichsinstituts für den Hörsinn: „Unter aller Kanone“ und andere merkwürdige Ausdrücke.
14.30 Uhr: Schallplatte für die Kinder, gehalten von Hecht Hebert.
15.15 Uhr: Bild in Lichtschritten. Dr. Hans Richter, Leipzig: „Die Fernen sprechen.“
16.00 Uhr: Stunde der Jugendlichen: Als Passagier auf einem Fischkutter vor Island; 16.30-16.45 Uhr: Musikberatung.
17.00 Uhr: Wägenberichtkonzert. Das neue Tonkünstlerorchester. Leitung: Hermann Schälze-Wittenberg.
Anschließend: Deutsch: Was heißt nun richtig? 18.00 Uhr: Regenerkonzert: Rosenkranz, Verbitsch, Hochpatent.
18.15 Uhr: Bild in Lichtschritten. Dr. Hans Richter, Leipzig: „Die Fernen sprechen.“
18.30 Uhr: Wägenbericht. Wägenbericht: Margarete Aufhorn-Specht (Göttern), Marianne Schick-Beghlin (Blücher), Dr. Kurt Benjehin (Kaiser), Bernhard Selmann (Kaiserbegleitung), sämtlich aus Dresden.
20.30 Uhr: Ergebrliche Lieber mit Gitarrenbegleitung in ergebrlicher Mundart, vortragen von Anton Günther, Gottesgab im Erzgebirge.
21.00 Uhr: Kabarett.
22.15 Uhr: Nachrichtenbericht.
Anschließend bis 24.00 Uhr: Kabarett (nur auf Leipziger Welle). Zugunsten der Dresdener Winterhilfe. Übertragung aus der Staatsoper Dresden. — Auf Dresden Welle: Tanz- und Unterhaltungsmusik (Schallplatten).

Deutsche Welle Sonnabend, den 28. November.

6.30 Uhr: Junggymnastik. Anschließend bis 7.30 Uhr Frühkonzert.
14.00-15.30 Uhr: Kinderkonzert: Eine interessante Geschichte in Bildern (Preisauflage).
15.45-16.00 Uhr: Frauenstunde: Frauen helfen sich untereinander.
16.00-16.25 Uhr: Vögelstunde: Vögel: Staatliche Erziehung (VI): „Das Nationalitätenprogramm.“ Dr. Max Silberstein.
16.30-17.00 Uhr: Vorträge des Fachmittelschulvereins Hamburg.
17.30-17.55 Uhr: Wägenbericht für die Gesundheit.
18.00-18.25 Uhr: Deutsch für Deutsche.
18.30-18.55 Uhr: Hochkonzert: Die politischen Hauptstädte und ihre Probleme (II).
18.55 Uhr: Wetterbericht für die Landwirtschaft.
19.00-19.25 Uhr: Englisch für Anfänger.
19.30-19.55 Uhr: Silke Stunde: „Hori von Klotz.“
20.00 Uhr: „Fräulein Luise Kuschling.“ Ein Wiener Bilderbogen.
22.00 Uhr: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
Danach bis 2.00 Uhr: Aus dem Hotel Eplandeb: Tanzmusik.

500 WINTERMÄNTEL ZU PREISEN DIE NICHT SO SCHNELL WIEDERKRIESEN.

Im letzten Augenblick der Einkaufsreise erwerben unsere Chefs zur Anfertigung in eigenen Kieiderfabriken einen Riesenvorrat modernster

Qualitäts-Mantelstoffe!

Die fertigen Mäntel stehen uns zur Verfügung u. gelangen jetzt zum Verkauf. Es sind Prachtexemplare, mollig warm, eleganter Sitz, erprobte Qualitäten und gute Verarbeitung.

Wir veranstalten damit einen

Reklame-Verkauf!

Ulster 34.— 27.— 22.— 14⁵⁰
für junge Herren

Ulster 58.— 46.— 32.— 24.— 18⁵⁰
mit und ohne Gurt

Ulster-Paletot 45.— 34.— 20.— 26.—

Marengo-Paletot 48.— 39.— 34.— 27.—
mit Samtkragen

Franz Mettner
Leipzig Zeltzer Straße 8
Haus der eigenen Kieiderfabriken. X

Damen-Konfektion

zu solch niedrigen Preisen, die selbst alle Ihre Erwartungen übertreffen, bietet wie gewöhnlich

Gebr. Fried
Leipzig C1, Windmühlenstr. 1-5

Hier die Beweise:

- Jugendliche Damen-Mäntel in Fantasie-Stoffen oder schöne Tweed-Muster mit Pelzplüschkragen ... 10,75 **7⁵⁰**
- Sport-Mäntel aus neuzeitlichen Stoffen engl. Art, oder Velour-Diagonal, ganz auf Futter, modern verarbeitet, darunter auch Frauengrößen 17,50 **14⁵⁰**
- Elegante Damen-Mäntel a. best. schweren Wollstoff wie Diagonal, Marengo, Velour, in allen von der Mode bevorzugten Farben mit groß. Pelzkragen 25,00 **21⁰⁰**
- Tanzkleider aus schwerem Marocain, in herrlichen Pastellfarben, die moderne lange Linie, schön garniert 12,50 **8⁵⁰**
- Entzückende Damen-Kleider mit Marocain schön verarbeitet, od. fesche Waschsamtkleider sowie Sportkleider aus mod. Tweedstoffen 6,75 **5⁵⁰**
- Nachm.- u. Gesellschafts-Kleider Afghaline mit Pelzpl.-Besatz, Woll-Crêpe-de-Chine, Marocain sowie Flamengo, wunderschöne Macharten u. Ausführung 17,50 14,50 **12⁵⁰**

Außerdem die große Sache in

Trikotagen, Strümpfen sowie Wollwaren

von der wir hier einige Beispiele unserer großen Leistung anführen: Gute gefütterte Herren-Unterhosen, reinwollene, gestrickte Herren-Socken, innen geraut, gefütterte Damen-Schlupfhosen mit kunstseidener Decke, Damen-Tailen wollgemischt, mit und ohne Arm, Kinder-Pullover und noch viele praktische Sachen für den Winter. **Jeder dieser Artikel kostet nur 1⁰⁰**

Wer liegt in Sachsen?

Am Sonntag findet in der Eisenburger Stadthalle der Geräte-

Die Leistungen der Leipziger Mannschaft sind am Reiz und

Die beste Gelegenheit von Leipzig aus ist der Zug um

Wassersport

Beim Wassersport am 12. Dezember, Vorläufer und Teilnehmerkonferenz des

Wer wird Fußball-Bezirksmeister?

Nachdem sich alle 21 erstklassigen Mannschaften um die Ermitt-

Der abschließende Kampf zwischen den bisher ungeschlagenen Mann-

Am Südstadion werden sich beide einen harten, schnellen und

Ein großes Vermittlungsprogramm

Alle Spiele beginnen um 10.30 Uhr und werden den erwarteten

Wichtige Entscheidungen der Handballer

Wiederholt standen Mannschaften punktgleich, so daß sich Ent-

Im letzten Serienpiel behielt Grimma gegen Lindenau mit 2:1

Um den Aufstieg zur ersten Klasse

Von den drei Bewerbern ist Schleibitz vorläufig ausgeschieden,

Wer wird Bezirksmeister der unteren Mannschaften?

Die drei Gruppenmeister Südost, Südwest und Vorwärts-Süd

Nachmittagstreffen auf dem Rande

NSR-Grimma-Rötha (14.30 Uhr). Die Röthner werden kaum

Sächsishe Spielvereinigung, Bezirk Leipzig e. V.

Arbeitsgemeinschaften. Am 3. Dezember um 10 Uhr treffen sich im Vereins-

Spielerinnenmeisterschaft in Reuthsch

Das zweite Rundenpiel ist Victoria 06-Mödan (13.30 Uhr).

Gesellschaftsspiele

Es fällt schwer, eine sichere Voraussage zu treffen! Sämtliche

Die Handballspiele

Für kommenden Sonntag hat man gute Paarungen getroffen.

Das Programm der Sockenspieler

Serienspiele sind immer noch Trumpf. FC-Wurzen hat Süd-

Handballspielvereinigung, 4. Kreis, 1. Bezirk

Neue Spiele. 8 Uhr: Leipzig 2-Lindenau 2 (Südost); 8.30 Uhr: Schleibitz

Turner.

Samstags.

Mitteilung: Zentrum: Freitag, den 27. November, 20 Uhr, praktische Verbände

Allen Sportbedarft kauft nur Sportzentrale Westend

Der letzte Kampf

Der Sieger vom Spiel, Südwest I - West 03 I

C. P. Hiesgen: SOS.....SOS.....

Wenn im Herbst und Frühjahr die Stürme in den Raminen der Städte heulen, dann krüllen und toben mit ungeheurer Gewalt Orkane gegen die Küsten des Festlandes.

Wie im Inlande der Verkehr der Autobusse über die Landstraßen jagt, so gehen bei jedem Wetter die Fahrten der Dampfer von der Bistaya bis zum Kanal, von Boulogne zur Mer bis Southampton, durch die Nordsee, den Sund und die Ostsee hinauf bis zum Bottnischen und Finnischen Meerbusen.

Wer einmal auf einer billigen Schiffsreise an der Küste der Ostsee entlang von Steiln nach Dänemark fuhr, wird die Bräde gegählt haben, die wie Kadaver an der Küste zerfallen.

Dazu gehört eine gewaltige Kraft, z. B. einen Tannenbaum, der am Fuße einen halben Meter Durchmesser hat und bis zur Spitze seine 10 und mehr Meter hoch ist, mit einem einzigen Schlage zu zerplündern.

Der Orkan zerschlägt die unendliche Wasserfläche zu Bergen und Tälern und pflügt das Meer, daß sich die Wogen bis zu sechs und acht Meter heben und in gurgelnden Brechen senken.

„Meer Bord gespült“ berichtet eine kurze Zeitungsnotiz von einem Schiffsunfall auf hoher See und berichtet vielerlei, daß der Matrose bei der Sicherung einer gelocherten Decklast vom Schiffsdeck fortgesetzt wurde.

Wenn die fortgerissenen Ladungen das Schiff höher aus dem Wasser heben, bieten die Schiffsanbauten der erbarungslosen Gewalt des Sturmes noch mehr Angriffsflächen.

„Begleitet Schnee oder Regen den Orkan, dann genügt ein Steuerhaken, um ein solches Schiff in wenigen Minuten in die Tiefe zu ziehen.“

Ringsum an allen Küsten, oben in Irland und unten am Kap Finisterre in der Bretagne und Normandie, im Schärenbereich des Sundes und entlang der deutschen Küste stehen wie Kirchen in Einigkeit und Armut die Bootshäuser der „Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“.

Wenn der Orkan seine Orgel dreht und das Meer in weicher Mut aufsteht, dann ziehen sich die Furchen und Falten tiefer in den verwitterten Fingergelächtern.

Wenn der Orkan seine Orgel dreht und das Meer in weicher Mut aufsteht, dann ziehen sich die Furchen und Falten tiefer in den verwitterten Fingergelächtern.

Wenn der Orkan seine Orgel dreht und das Meer in weicher Mut aufsteht, dann ziehen sich die Furchen und Falten tiefer in den verwitterten Fingergelächtern.

Wenn der Orkan seine Orgel dreht und das Meer in weicher Mut aufsteht, dann ziehen sich die Furchen und Falten tiefer in den verwitterten Fingergelächtern.

Wenn der Orkan seine Orgel dreht und das Meer in weicher Mut aufsteht, dann ziehen sich die Furchen und Falten tiefer in den verwitterten Fingergelächtern.

unbeirrtem Blick jede auffällige Pflanze und jeden Gegenstand auf der meilenweit wüsten Sees.

„Save Our Souls! — Rettet unsere Seelen!“ — Das Licht kommt in den Wellen deutlicher zum Vorschein.

„Save Our Souls! — Rettet unsere Seelen!“ — Das Licht kommt in den Wellen deutlicher zum Vorschein.

„Save Our Souls! — Rettet unsere Seelen!“ — Das Licht kommt in den Wellen deutlicher zum Vorschein.

„Save Our Souls! — Rettet unsere Seelen!“ — Das Licht kommt in den Wellen deutlicher zum Vorschein.

Kleines Beiprogramm

Wenn der Regen und die Abendnebel trüber durch die Straßen flücht man sich gern ins Kinohaus, wo die Begebnisse bewegter Bühnen.

Oberflächlich führt uns ein Kulturfilm in ein fremdes Land, trotzdem hat, es wir es denken, uns die neue Gegend übermannt: ein Gespann mit großen Tieren fährt gemächlich in den Wald, der, statt von des deutschen Echo Schalle, vom Geschrei der Affen hallt.

Dennoch füllt mit Abenteuerlust und Sehnsucht sich die Brust, und man möchte einen Bund für Völkeraustausch gründen, für ein langes Jahr in jenem Lande sein.

Kleine Chronik

Dufolina Giannini sang... Die Vergangenheitsform in der Ueberlieferung hat einen fast schmerzlichen Beifang.

Die Starets auf der Bühne. Das Staatstheater in Wiesbaden wird am 29. November ein Stück von Rudolf Roberts, „Was weiß Korine?“, zur Uraufführung bringen.

Altes Theater. Sonntag, den 29. November, Artur Schnitzer-Gedenkfeste, bei der das Schauspiel „Die Gefährtin“ gespielt wird.

Romdienthaus. Am Dienstag, dem 1. Dezember, findet die Uraufführung des Lustspiels „Der doppelte Müller“ von Gustav Stöckhoff, deutsche Bühnenbearbeitung von Anton Seiffert statt.

Operntheater. Dienstag, den 1. Dezember, 20 Uhr, „Ein Walzertraum“, Operette in 3 Akten von Oscar Straus mit Hermann Wolter als Leutnant Riki.

lichter über der Brandung und schiefen hinab, verschwinden und fliegen wieder hoch.

Die Tonleiter des Orkans steigt in die höchsten Lagen. Erst in der Dämmerung, als die Fischer am Strande einen kleinen Frachtdampfer nahe der Küste erkannten, kam das Rettungsboot zur Hilfe.

Auf dem Frachtdampfer war in der Nacht das Sicherheitsventil bei voller Maschinenkraft unter den Stößen der See herausgeschlagen.

„Ueberall in der ganzen Welt, an allen Küsten aller Kontinente, erkennen diese einfachen Menschen das SOS im Orkan des Meeres mit feinerem Gehör und schärferem Auge, als wir Städter alleamt das SOS der Straße, von gegenüber oder nebenan begreifen!“

Festkonzert im Gewandhaus

Am Mittwochabend, dessen wir gestern in einer Vornotiz gedachten, begann es mit Verjen Goethes und Schillers, gesprochen vom großen Ludwig Wilhelm.

„Musik der Weisheit, der geläuterten, befreiten Geister, überirdisch empfunden, jenseits, auch über dem Anlauf, über dem bis auf den letzten Nagel mit Menschen gefüllt.“

„Wie Bruno Walter bei Mozart vom Adagio ins Allegro führt, das Andante spärlich klingend läßt, Menuett und Trio fugentes bindet, und wie ihm nun das Orchester im letzten Satz zum Zauberelement wird: das ist ein Ideal.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“

„Das Konzert am Donnerstagabend begab sich ohne äußeren Applomb. Obwohl die innere Festigkeit nachhallte und sich in besonders herzlichen Ouverturen am Ende kundtat, haite man nur wieder durchweg den Eindruck reinlichen Musikdienstes.“